

Sozialdemokratische Partei im Bezirk
Obere Rheinprovinz

Bericht

des Bezirksvorstandes der
oberen Rheinprovinz

über die Geschäftsjahre 1922/24

und

Protokoll

über die Verhandlungen des Partei-
tags für die obere Rheinprovinz

abgehalten zu Köln

am 16. und 17. Februar 1924.

photomechanischer Nachdruck
der Ausgabe Köln 1924



1976

Einhorn-Pressen Peter Strömke
Postfach 1204
2057 Wentorf bei Hamburg

2

77

443

28177/443(1) - 1922/24

Bericht

des Bezirksverbandes der
oberen Rheinprovinz
über die Beschlüsse der 1922/24

Protokoll

über die Beschlüsse des Bezirks-
tages für die obere Rheinprovinz
abgehalten in Köln
am 16. und 17. Februar 1924

Verbandsrat des Bezirks
im Jahre 1924

Verbandsrat des Bezirks
im Jahre 1924
1924

Sozialdemokratische Partei im Bezirk
Obere Rheinprovinz

Bericht

des Bezirksvorstandes der
oberen Rheinprovinz
über die Geschäftsjahre 1922/24

und

Protokoll

über die Verhandlungen des Partei-
tags für die obere Rheinprovinz

abgehalten zu Köln

am 16. und 17. Februar 1924.

photomechanischer Nachdruck
der Ausgabe Köln 1924



1976

Einhorn-Pressen Peter Strömke
Postfach 1204
2057 Wentorf bei Hamburg

Vorläufige Tagesordnung des Bezirksparteitages

zu Köln a. Rhein am 16. und 17. Februar 1924

im Volkshaus, Severinstraße 199.



1. Konstituierung des Parteitages.
2. Bericht des Bezirksvorstandes:
 - a) Allgemeines (Berichterstatter Konrad Miß),
 - b) Kassenbericht (Berichterstatter Ernst Leberberg).
3. Bericht der Revisoren.
4. Die bevorstehende Reichstagswahl und das deutsche Volk. Redner: Reichstagsabgeordneter Sollmann.
5. Aufstellung der Reichstagskandidaten für die Wahlkreise Köln-Aachen und Koblenz-Trier.
6. Die Rheinlandfrage und die Sozialdemokratie. Redner: Reichstagsabgeordneter Dr. Meerfeld.
7. Die Gemeindewahlen. Redner: Landtagsabgeordneter Haas.
8. Anträge, die bei den vorigen Punkten keine Erledigung fanden.
9. Wahl des Bezirksvorstandes sowie des Ortes, wo der Bezirksvorstand seinen Sitz haben soll.
10. Bestimmung des Ortes, an dem der nächste Bezirksparteitag tagt.

Geschäftsordnung.

1. Die Meldungen zum Wort haben schriftlich zu erfolgen. Die Redner erhalten der Reihe nach das Wort.
2. Alle Anträge, ausgenommen die zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzubringen. Die Anträge müssen von mindestens sechs Delegierten durch Unterschrift oder Zuruf unterstützt werden, wenn sie zur Beratung kommen sollen.
3. Hat ein Antrag die nötige Unterstützung gefunden, so erhält zunächst der Antragsteller das Wort. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte erhält ein Redner für und einer gegen den Antrag das Wort.
4. Die Berichterstatter haben 45 Minuten Redezeit. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 10 Minuten. Mehr als zweimal darf kein Redner zu ein und demselben Gegenstand der Tagesordnung sprechen.
5. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.
6. Auf Antrag von mindestens zehn Delegierten muß namentlich abgestimmt werden.

Anträge und Entschlüsse

zum Bezirksparteitag

1. Die Parteibeiträge sind so festzusetzen, daß in ihnen drei Goldpfennige wöchentlich als Mitgliedsbeitrag für die Arbeiterwohlfahrt enthalten sind. Die Ortsvereine der SPD. haben diese Wohlfahrtsbeiträge ohne Abzug vierteljährlich an den Kassierer des Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt gegen Quittung abzuliefern.

Wingender und Genossen.

2. Zum organisatorischen Wiederaufbau der SPD. im Kreisverband Koblenz verlangt die Kreiskonferenz vom Bezirksvorstand die Aufrechterhaltung des Kreissekretariats in Koblenz. Notwendig ist, daß bis zur Rückkehr des Kreissekretärs eine vollwertige Kraft als stellvertretender Sekretär bestellt und daß der alte Zustand bezüglich der Abrechnung der zum Kreis gehörigen Ortsvereine an das Sekretariat Koblenz wieder hergestellt wird.

Kreiskonferenz des Kreisverbandes Koblenz.

3. Die Konferenz des Kreisverbandes Koblenz richtet an den Bezirksparteitag den Antrag, daß zu dem auf dem Bezirksparteitag vorgeesehenen Referat des Genossen Sollmann über die bevorstehende Reichstagswahl ein Korreferent bestellt wird. Als Korreferent wird der Genosse Kleinmeier vorgeschlagen.

Kreiskonferenz des Kreisverbandes Koblenz.

4. Die Konferenz des Kreisverbandes Koblenz vermißt jegliche Tätigkeit des Bildungssekretariats auf dem Gebiete des Bildungswesens und der Jugendbewegung. Gerade für die augenblickliche Zeit ist die Bildungsarbeit für die Arbeiterschaft von erheblicher Bedeutung. Es wird daher erwartet, daß auf dem Bezirksparteitag ein Bericht des Bildungssekretärs über die bisherige und für die Zukunft vorgehene Bildungsarbeit erstattet wird. Die Tätigkeit des Bildungssekretärs hat sich gleichmäßig über das ganze Gebiet des Bezirks zu erstrecken.

Kreiskonferenz des Kreisverbandes Koblenz.

5. In klarer Erkenntnis der Notwendigkeit durch Gewinnung des geistigen Proletariats unserer Bewegung neue Kräfte zuzuführen, macht es der Parteitag allen Bezirksvereinen, insbesondere den Kreisverbänden Bonn, Köln und Aachen zur Pflicht, die mit Erfolg begonnene republikanische Erziehungsarbeit im Interesse der Demokratisierung der Studentenschaften der drei rheinischen Hochschulen mit aller Kraft zu fördern.

Walter Kolb, Bonn.

6. Der Bezirksparteitag beschließt: Der Bezirksvorstand beruft baldigst eine Konferenz der Vorstände der Kreisvereinigungen sozialdemokratischer Gemeindevertreter des gesamten Bezirks zusammen, um eine Neubelebung der Arbeit innerhalb der Kreisorganisationen zu schaffen und für den kommenden Gemeinderatswahlkampf Richtlinien aufzustellen.

Kreisvereinigung sozialdemokratischer Gemeindevertreter Köln-Land.

7. Die Parteisekretariate, Kreisvorstände und die Vorstände der Ortsvereine der SPD. werden verpflichtet, im kommenden Geschäftsjahr an allen Orten, in denen Ortsvereine der SPD. bestehen, einen Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt anzustreben. Die organisatorische Zusammenfassung in Kreis- und Bezirksausschüsse für Arbeiterwohlfahrt ist vorzunehmen. Die vom Provinzialausschuß herausgegebenen Richtlinien für die Zusammenfassung und die Tätigkeit dieser Ausschüsse sind dabei zu beachten.

Wingender und Genossen.

8. Jedes Mitglied der BSW. ist ohne besondere Beitragsleistung gleich zettig Mitglied des Ortsausschusses für Arbeiter wohlfahrt. Die Mitgliedskarte der BSW. gilt zugleich als Mitgliedskarte der Arbeiterwohlfahrt. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Arbeiterwohlfahrt zu fördern und nach Kräften zu unterstützen, da diese für die Mitglieder der BSW. als alleinige Proletarier Wohlfahrtsorganisation in Frage kommt.

Wingender und Genossen.

9. Die Kreiskonferenz des Kreisverbandes Köln ersucht den Bezirksparteitag, dafür Sorge zu tragen, daß im kommenden Wahlkampf die Agitation auf dem Lande besonders berücksichtigt und Material für die Bodenpolitik der Sozialdemokratie reichlich gegeben wird.

10. Der Bezirksparteitag erhebt Einspruch gegen die bisherige Art des Beamtenabbaues. Dem Personalabbau muß eine Verwaltungsreform mit dem Ziele der Vereinfachung und Verbilligung vorangehen. Ferner fordert der Bezirksparteitag eine stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Vornahme der Kündigungen. Die Fraktionen im Reichstag, in den Landtagen und in den Kommunalvertretungen fordert der Bezirksparteitag auf, ihr Augenmerk darauf zu lenken, daß nicht die schwachen Ansätze einer Demokratisierung und Republikanisierung des Verwaltungskörpers unter dem Vorwande des Beamtenabbaues wieder befeitigt werden.

Der Bezirksparteitag fordert die umgehende Verabschiedung des Beamtenrätengesetzes, um endlich dem Zustande ein Ende zu bereiten, daß die Beamten als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden. In allen Fragen, die persönliche Dienstverhältnisse und nicht Staatshohheitsfachen betreffen, ist das Mitbestimmungsrecht festzusetzen.

Der Bezirksparteitag fordert die baldigste Erhöhung der Grundgehälter für die Beamten und Angestellten der öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die notwendigen Mittel sind durch schärfste Anspannung der Besteuerungen zu beschaffen.

Hanquet und Genossen.

11. Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, unter allen Umständen dafür einzutreten, daß der gesetzliche Achtstundentag, wie er von den Volksbeauftragten erlassen worden ist, seine Gültigkeit behält. Die Ausnahmebestimmungen des Arbeitszeitgesetzes sind abzulehnen.

Kreiskonferenz des Kreisverbandes Aachen.

Entschliefungen

Gemeinderatswahlen

Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen bedingen, daß die Partei genossen auch in der kleinsten Gemeinde der Gemeindepolitik die größte Aufmerksamkeit schenken. In den Mitgliederversammlungen ist in den kommenden Wochen die Bedeutung der Gemeinderatswahlen und die Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinden eingehend zu erörtern. Die Gemeinderatsfraktionen haben über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Alles für den Gemeinderatswahlkampf geeignete Material ist zu sammeln und zu prüfen.

Die örtlichen Parteileitungen haben umgehend alle Vorbereitungen für die Wahlen zu treffen. Die Ortsvereine müssen bestrebt sein, in allen Gemeinden, auch dort, wo noch keine Ortsvereine bestehen, sozialdemokratische Vorschlagslisten aufzustellen. Bei der Aufstellung der Listen ist darauf zu achten, daß nur befähigte Genossen und Genossinnen aufgestellt werden, die die Gewähr bieten, daß sie in der Öffentlichkeit und in den Kommissionen die sozialistischen Grundsätze vertreten. Bisherige Gemeindevertreter, die diesen Anforderungen ent-

sprechen, sind möglichst wieder aufzustellen. Eingearbeitete und mit den Gemeindegliedern vertraute Genossen verbürgen die sofortige Arbeitsfähigkeit und Stofkraft in den Gemeinden.

Es sind nur reine Parteilisten aufzustellen, wobei die unabhastehenden Arbeiter- und Beamten-, Kriegshinterbliebenen- und Beschädigten- und Mitgliederorganisationen berücksichtigt werden, d. h. es können Partigenossen, die diesen Organisationen angehören, auf die Parteiliste genommen werden. Gemeinsame Listen mit bürgerlichen, Parteien, den Kommunisten oder sogenannten parteilosen Gruppen dürfen nirgends aufgestellt werden. Parteimitglieder, die eine Kandidatur für eine Sonderliste annehmen, oder solche Listen durch Propaganda unterstützen, verstoßen gegen die Grundsätze und die Interessen der Partei.

Größte Sorgfalt ist auf die Nachrückstellen zu legen. Im Falle des Ausfallens eines sozialdemokratischen Gemeindevertreters muß ein vollwertiger Ersatz nachrücken, damit die Stofkraft der Partei erhalten bleibt.

Die Aufstellung der sozialdemokratischen Listen hat im Einbernehmen mit den Kreisvorständen in den Ortsvereinsversammlungen stattzufinden.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind verpflichtet, sich für die Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen. Nach den Wahlen haben sich die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Ersatzleute zu Kreisvereinigungen zusammenzuschließen, entsprechend der auf dem Bezirksparteitag 1922 beschlossenen Organisationsstatuten.

Schulabbau

Der Bezirksparteitag erhebt entschieden Einspruch gegen den geplanten Schulabbau, der mit besonderer Schärfe die von mehr als 90 Prozent unserer Schuljugend besuchte Volksschule und ihre Lehrerschaft trifft. Er bestreitet, daß die wirtschaftliche Entwicklung die staatlichen Behörden zu diesem Vorgehen gezwungen hat und untertreicht die von den sächsischen Lehrern auf der vorjährigen Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins vorgeschlagene und einstimmig angenommene Entschliefung, die von einer gerechten Wirtschafts- und Steuerpolitik des Reiches die Sicherung der notwendigen Kulturarbeiten, insbesondere auf dem Gebiete der Volksbildung und Jugenderziehung erwartet.

Der Parteitag ist der Ueberzeugung, daß nur eine durchaus volksfeindliche Politik wirtschaftliche Ersparnisse auf Kosten der allgemeinen Volksbildung, der Volksgesundheit und der Volksmoral erstreben kann. Darum legt der Parteitag Wertwahrung ein gegen die durch die Staatsregierung künstlich herbeigeführte Aufhebung des § 43 des Volksschullehrerbiensteuergesetzes, wodurch den Städten die Möglichkeit genommen wird, ihre volksschulfreundliche Politik durch Herabminderung der Klassendurchschnittsfrequenzen unter die Zahl 60 fortzusetzen.

Mit allem Nachdruck protestiert der Parteitag gegen die Schulpolitik des preussischen Unterrichtsministers Böllig, der öffentlich kundgegeben hat, daß eine Einengung der Lebensmöglichkeiten der höhern Schulen an der Grenze des Erträglichen angelangt sei, während auf dem Gebiete des Volksschulwesens beträchtliche Ersparnisse gemacht werden könnten. Insbesondere wehrt der Parteitag sich gegen die von der gegenwärtigen Regierung gebildete, von den bestehenden Kreisen aus eifrigste betriebene Unterhöhlung der Volksschule, deren gesetzliche Festlegung durch das Reichsgesetz vom 22. April 1920 eine Erlösung unserer Volksschule aus dem Zustand ihrer bisherigen Kränkung und Verachtung herbeiführen sollte.

In alledem sieht der Parteitag eine Zerstörung der gegen-
 reichen Wirksamkeit des ehemaligen Unterrichts-
 ministers Hänisch und fordert, daß durch einen Wechsel in der
 Besetzung der Ministerstelle für das Unterrichtswesen in Preußen ein
 Volksbildungs- und Jugenderziehungspolitik gewährleistet wird, die für
 die notleidenden Massen unseres Volkes Erlösung und Aufstieg bedeutet.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer.

Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung

Die Sozialdemokratie hat seit ihrem Einzug in die Gemeindever-
 tretungen praktisch mitgearbeitet, obwohl sie gegen eine vielfach reaktionäre
 Gemeindebureaucratie und die bürgerlichen Parteien schwer zu kämpfen
 hatte. Sie wird auch in Zukunft sich der praktischen Mitarbeit nicht
 entziehen und sich vor allen Dingen dafür einsetzen, daß das Los der
 minderbemittelten Bevölkerung zu einem erträglichen gestaltet
 wird, soweit es im Bereiche der den Gemeinden gesteckten Aufgaben
 möglich ist. Als vornehmste Pflicht betrachtet sie es im gegenwärtigen
 Augenblick, für alle aus dem Produktionsprozeß Aus-
 geschalteten zu sorgen. Hunderttausende sind heute auf die Unterstützung
 aus öffentlichen Mitteln angewiesen. Die Unterstützungen reichen nicht
 im entferntesten, den bescheidensten Lebensunterhalt zu bestreiten.

Ganz besonders ist die staatlich festgesetzte Erwerbslosenunter-
 stützung durchaus ungenügend. Von der Reichsregierung muß ver-
 langt werden, daß eine schleunige Aufbesserung der Sätze, insbesondere
 für die kinderreichen Familien erfolgt. Der Bezirksparteitag
 ersucht die Reichstagsfraktion, sich für eine angemessene Erhöhung der
 staatlichen Sätze einzusetzen. Von den Gemeinden ist zu fordern, daß
 sie, solange eine Aufbesserung der staatlichen Unterstützungssätze nicht er-
 folgt, Mittel für die Belieferung der Erwerbslosen mit Naturalien
 bereitstellen.

Die durch die trostlose Finanzlage der Gemeinden bedingte Spar-
 samkeit veranlaßt die Gemeindeverwaltungen, in unverantwortlicher Weise
 die Wohlfahrts-einrichtungen, die vornehmlich den minder-
 bemittelten Schichten zugute kommen, einzuschränken. Hiergegen erheben
 wir entschiedenen Einspruch und verlangen, daß der Abbau der Wohlfahrts-
 einrichtungen eingestellt und die Unterstützungssätze für die Wohlfahrts-
 unterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner so festgesetzt werden,
 daß diese Ärmsten vor der völligen Verelendung geschützt werden.

Die Sozialdemokratie ist bereit, den Gemeinden die Mittel für die
 Aufrechterhaltung ihrer Einrichtungen und Veranstaltungen zur Verfü-
 gung zu stellen, sie fordert jedoch, daß die Gemeindebesteuerung und Ge-
 meindeabgaben nicht einseitig auf die Schultern der minderbemittelten
 Bevölkerung abgewälzt werden. Jeder Versuch der Gemeindeverwaltungen
 und der bürgerlichen Parteien, eine ungerechte Gemeindesteuerpolitik zu
 betreiben, wird den entschiedensten Widerstand der sozialdemokratischen
 Gemeindevertreter bringen.

Allgemeines

Der Bezirksparteitag am 10. und 11. Juni 1922 in Köln beschloß,
 nur noch alle zwei Jahre einen ordentlichen Bezirksparteitag ab-
 zuhalten. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlkämpfe hat der
 Bezirksvorstand den diesjährigen Bezirksparteitag einige Monate
 früher einberufen. Die Berichtszeit umfaßt daher nicht zwei volle
 Geschäftsjahre, sondern sie erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April
 1922 bis zum 31. Dezember 1923.

Als wir vor zwei Jahren unsern Bericht schlossen, schrieben wir
 den Satz nieder: „Wir wollen ein freies und glückliches Deutschland
 schaffen für uns und unsre Kinder“. Diese Worte schrieben wir in
 dem starken Glauben und dem festen Vertrauen, daß dieses Ziel,
 wenn auch nur über dornige Wege, von uns in absehbarer Zeit er-
 reicht werden würde.

Unsre frohe Hoffnung wurde bitter enttäuscht. Trotz ehrlichsten
 Willens und tatkräftigster Arbeit war es der Sozialdemokratie nicht
 vergönnt, den mit so großen Hoffnungen begonnenen innern Wie-
 deraufbau Deutschlands weiter zu führen. Starke außenpolitischer
 Druck, wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch rissen Deutsch-
 land in einen Abgrund von Leid, Elend und bitterer Not, wie sie
 kaum je ein Volk erduldet hat.

Damals hatte die Regierung Wirth das Ruder in der Hand.
 Vor uns lag die Konferenz in Genua, auf die in Deutschland be-
 sonders große Hoffnungen gesetzt wurden. Deutschland war zum
 Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und zur Wiedergutmachung
 im Rahmen des Möglichen bereit. Es warb um das Vertrauen
 und das Verständnis für seine schwere Lage. Zwischen Rußland
 und Deutschland wurde in den Diertagen 1922 ein Vertrag ge-
 schlossen, der einen gegenseitigen Verzicht sowohl auf alle Kriegs-
 entschädigungen als auf Erstattung aller Kriegskosten, und wichtige
 wirtschaftliche und politische Bestimmungen für beide Länder ent-
 hielt. Außenpolitischer Druck hat die Auswirkung dieses Vertrages
 verhindert. Auch die Genueser Konferenz brachte unserm Volke
 keine Erleichterung. Der Friedensruf Rathenaus in seiner Schluß-
 rede fand in den Siegerländern leider kein Echo. Da die vielen
 schwebenden Wirtschaftsprobleme nicht gelöst, da weiter über die
 als Entschädigung an die Sieger zu zahlende Summe keine endgül-
 tige Entscheidung getroffen war, schwand die Möglichkeit einer
 Stabilisierung der Mark auf absehbare Zeit dahin. Das hatte zur
 Folge, daß es für Deutschland unmöglich war, Anleihen zu be-
 kommen.

Der starke außenpolitische Druck löste ein Ansteigen der natio-
 nalistischen Bewegung in Deutschland aus. Nach dem Rapp-Bußsch
 hatte es kurze Zeit den Anschein, als ob Ruhe und Besonnenheit

eingefehrt sei. Nun aber schossen die reaktionären Organisationen wie die Pilze nach einem warmen Sommerregen aus dem Boden. Mörderzentralen wurden gebildet, die den Männern, die die ungeheure Bürde der Verantwortung für das Wohl des Reiches auf sich nahmen, nach dem Leben trachteten. Es kamen in den Sommertagen 1922

die Attentate gegen Rathenau und Scheidemann.

Rathenau, ein ehrlicher Demokrat und einer der fähigsten Köpfe seiner Zeit, der die Notwendigkeit der Wiedergutmachung voll eingesehen hatte, wurde von feigen Mordbuben meuchlings erschossen, während Scheidemann bei dem bekannten Blausäureattentat glücklicherweise ohne ernstliche Gesundheitsstörungen davon kam. Was man bis dahin nur geahnt hatte, erwies sich nun als Wirklichkeit, die Polizei deckte bestehende Mörderorganisationen auf. Ein ungeheurer Sturm der Entrüstung und Empörung ging durch das deutsche Volk. In wuchtigen Demonstrationen, an denen ungezählte tausende Männer und Frauen aus den verschiedensten Schichten und Parteien sich beteiligten, gab das Volk seiner Abscheu über die feige Tat Ausdruck und forderte rücksichtslose Niederschlagung der republikfeindlichen Bewegung. Reichstag und Reichsregierung schufen mit seltener Einmütigkeit das Gesetz zum Schutze der Republik, den Staatsgerichtshof, das Gesetz über die Reichsstriminalpolizei, das Beamtengesetz und das Amnestiegesetz.

War es bei frühern politischen Morden und Attentaten fast niemals gelungen, die Täter zu fassen, so wurden die Rathenaumörder bereits wenige Tage nach der Tat gestellt und endeten in der Burg Saaleck durch Selbstmord. Der durch den Mord entfesselte Volkssturm hatte zur Folge, daß auch eine Anzahl politischer Beamter der alten reaktionären Schule durch Demokraten und Republikaner ersetzt wurden. So in unserm Bezirk die Regierungspräsidenten v. Dalwigk in Aachen und v. Gröning in Koblenz. Während das Aachener Regierungspräsidium mit einem Zentrumsmann besetzt wurde, war für Koblenz unser Genosse Bauknecht als Nachfolger ausersehen. Das „demokratische“ Zentrum verstand es, eine Bewegung gegen Bauknecht in Szene zu setzen. Der Erfolg war dann, daß auch dieses Regierungspräsidium wiederum mit einem bürgerlichen Beamten besetzt wurde.

Der scharfe Abwehrkampf hatte eine Annäherung der beiden sozialistischen Parteien zur Folge. Im Juli 1922 trat die Arbeitgemeinschaft der beiden Reichstagsfraktionen der SPD und der USF. ins Leben. Diese Arbeitsgemeinschaft, die die beiden sozialistischen Parteien als geschlossene Gruppe im Parlament auftreten ließ, war die Wegbereiterin der bald darauffolgenden organisatorischen Vereinigung der beiden Parteien. Der Arbeitsgemeinschaft stellten die bürgerlichen Parteien einen geschlossenen Bürgerblock gegenüber, trotzdem die Sozialdemokratische Partei mit Zentrum und Demokraten in der Koalitionsregierung saß.

Die Demonstrationen aus Anlaß des Rathenaumordes wurden von allen proletarischen Organisationen gemeinsam veranstaltet. Hier wie bei frühern und spätern Anlässen zeigte sich, daß gemein-

jame Aktionen mit der Kommunistischen Partei nicht gemacht werden können. Während wir im schärfsten Kampfe gegen die Reaktion standen und gemeinsam mit den Kommunisten demonstrierten, fielen diese in niederträchtiger Weise in Wort und Schrift über unsre Partei her und

riffen die Partei und ihre Führer herunter.

Der scharfe außenpolitische Druck und fortwährende innere Erschütterungen bewirkten ein starkes Fallen der deutschen Mark. Ein von Deutschland gestellter Antrag auf vorübergehende Stundung der Reparationsleistungen wurde von den Siegerländern abgelehnt.

Der Reichspräsident Genosse Ebert hatte bereits mehrfach den Wunsch geäußert, daß eine Neuwahl des Reichspräsidenten stattfinden solle. Im Herbst 1922 nahmen die Koalitionsparteien zu der Frage Stellung. Aus den bürgerlichen Parteien heraus kam der Wunsch, die Amtsdauer Eberts zu verlängern, da sie keine bessern und vor allen Dingen keinen geeigneten Kandidaten vorschlagen hatten. Am 25. Oktober 1922 bestätigte der Reichstag mit über Zweidrittelmehrheit die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925.

Eines der wichtigsten politischen Ereignisse des Jahres 1922 war die Wiedervereinigung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit der alten Sozialdemokratischen Partei, die auf den beiden Parteitagen in Bera und Augsburg mit überwältigender Mehrheit beschlossen und auf dem gemeinsamen Parteitag in Nürnberg vollzogen wurde. Damit fand eines der wichtigsten Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung und eine Periode heftigsten Bruderkampfes ihren friedlichen Abschluß. — Im November 1922 erfolgte der Sturz der vom Reichskanzler Dr. Wirth geführten Koalitionsregierung. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts glaubten, die Politik dieser Regierung nicht weiter vertreten zu können, weil nach ihrer Meinung keine ausreichende Fürsorge für die Volksernährung und keine durchgreifenden Maßnahmen für die unbedingt notwendige Stabilisierung der Währung durchgeführt wurden. Bei der Neubildung der Regierung beteiligte sich die Sozialdemokratische Partei nicht, weil sie sich von den bürgerlichen Parteien damals nicht in eine große Koalition hineindrängen lassen wollte. Es wurde dann die von verschiedenen bürgerlichen Seiten mit großen Hoffnungen begrüßte Regierung der Fachminister unter dem Reichskanzler Cuno gebildet. Der neuernannte Ernährungsminister Dr. Müller (Bonn) mußte schon nach einem Tage von seinem Amte zurücktreten, weil seine frühere Tätigkeit in der Rheinlandfrage zu sehr starken Bedenken Anlaß gab. Diese Regierung der „Fachminister“ war eine der unfähigsten Regierungen, die Deutschland je gehabt, und sie war ohne Frage die teuerste Regierung.

Hatte man das Kabinett Wirth als das Kabinett der Erfüllung angesehen, so wurde die Regierung Cuno im Inlande und noch mehr im Auslande als die Regierung der Nichterfüllung betrachtet. Eine höchst unwillkommene

Verhärfung der außenpolitischen Lage

war die Folge. Das Kabinett Cuno arbeitete offensichtlich auf einen Bruch mit Frankreich und Belgien hin. Die Folge war, daß wegen geringer Minderleistung Deutschlands auf das Reparationskonto belgische und französische Truppen am 11. Januar 1923 in das Ruhrgebiet einmarschierten. Es sollte nur eine „friedliche Ingenieurkommission“ zwecks Sicherung und Ausbeutung der Pfänder sein. Diese friedliche Kommission war indessen begleitet von einem mit Panzerautomobilen, Geschützen, Maschinengewehren und Tanks schwerbewaffneter Heere. Das gesamte Ruhrgebiet wurde besetzt und militärisch abgesperrt. Es wurde mit einem Zollgürtel umgeben. Für die deutsche Bevölkerung im neu- und altbesetzten Gebiet brach eine Zeit härtester Drangsale und Entbehrungen an. Schwerste wirtschaftliche und politische Kämpfe mit einem übermächtigen Gegner mußten geführt werden. Die Antwort der Bevölkerung auf die Besetzung und die von den Besatzungsbehörden vorgenommenen Requisitionen und Beschlagnahmungen war der passive Widerstand. Er wurde von allen Schichten der Bevölkerung, Privaten wie Beamten, mit äußerster Energie und Zähigkeit geführt. Die Folge waren ungezählte Verhaftungen und Ausweisungen. Kriegsgerichte wurden eingesetzt. Sie verhängten Tausende Jahre Gefängnis und schweren Kerker, sowie ungeheure Summen als Geldstrafen über die unglückliche Bevölkerung und Beamte, die weiter kein Verbrechen begangen hatten, als daß sie ihrem Lande und Volke die Treue bewahrten. Da die Eisenbahner sich weigerten, Truppen und beschlagnahmte Güter zu befördern, wurden die Bahnanlagen besetzt und das Eisenbahnpersonal vertrieben. Die belgisch-französischen Militärbehörden richteten dann eine Eisenbahnregie ein, die versuchte, den Verkehr wieder in Gang zu bringen. Das ist ihr bisher nur in geringem Umfange gelungen. Wo die Arbeiterschaft der Werke sich zur Wehr setzte, wurde rücksichtslos von der Waffe Gebrauch gemacht. So wurden bei der Besetzung eines Teiles der Kruppschen Werke in Essen dreizehn Arbeiter erschossen und eine große Anzahl verletzt, weil die Arbeiter gegen Beschlagnahme von Werkseigentum demonstrierten.

Eines der trübsten Kapitel dieses Kampfes war

das der Ausweisungen.

Zunächst wurden davon Beamte und Eisenbahner, bald aber auch Privatpersonen betroffen, die sich in irgendeiner Art bei den Militärbefehlshabern mißliebig gemacht hatten, oder die von irgendeiner Seite denunziert worden waren. Ganz besonders hatte man es auf die politischen Beamten und die führenden Köpfe der Organisationen abgesehen, die die Träger des Abwehrkampfes waren. So gab es nach einigen Monaten des Kampfes im alt- wie im neubesetzten Gebiet fast keine Regierungspräsidenten, Landräte und sonstigen leitenden Beamten mehr. Alle Weiter waren verwaist, die Verwaltungsbehörden dezimiert. Fast alle Bürgermeister der größeren Städte und viele Landbürgermeister waren ausgewiesen, ebenso die Mehrzahl der politischen und gewerkschaftlichen Führer und Angestellten. Besonders die Sozialdemokratische Partei stellte ein

großes Kontingent der Ausgewiesenen. Alle Hoffnungen auf das Ausland blieben unerfüllt. Der Kampf ging fort bis zum völligen Zusammenbruch Deutschlands. Besonders auf währungspolitischem Gebiete wirkte der Ruhrkampf sich katastrophal aus. Stand der Dollarkurs am 11. Januar 1923 auf 10 300 M., so war er am 30. September auf 225 Millionen Mark hinaufgeschneit. Nach Abbruch des Ruhrkampfes sank der Markkurs weiter und erreichte Ende November mit etwa zehn Billionen Mark für den Dollar den bis jetzt niedrigsten Stand. Die deutsche Regierung hatte, wie in der Führung des Ruhrkampfes, so auch bei seiner Beendigung völlig versagt. Erst als das Kabinett Cuno zurücktrat und der auf der großen Koalition aufgebauten Regierung Stresemann Platz machte, konnte der Kampf beendet werden. Der fortschreitende Währungsverfall hatte eine steigende Inflation, eine Entwertung der Löhne und Gehälter zur Folge. Die Not der Arbeiter und Angestellten sowie der Sozial- und Kleinrentner wuchs ins Unerträgliche. Fast der gesamte Steuerertrag — bis über 90 Prozent — wurde von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen. Neben der ungeheuren Not auf der einen Seite entstand infolge Wucher und Schieberium und gewissenloser Ausbeutung der staatlichen Finanzquellen auf der andern Seite ein neues Proletariat. Zeitweise machte sich die überhandnehmende Volksnot in Krawallen und Aufständen Luft. Es kam zu

Plünderungen und Zusammenstößen

mit der Polizei. Viele Unschuldige büßten dann mit ihrer Gesundheit oder ihrer Freiheit für die Sünden anderer. Der Abbruch des Ruhrkampfes, der zusammenfiel mit einem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, wird von dem Unternehmertum rücksichtslos ausgenutzt zur Beseitigung des Achtstundentages und der Herabdrückung der Löhne und Gehälter. Wir stehen mitten im Kampf um die Erhaltung einer der wichtigsten Errungenschaften der Revolution und um die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für Arbeiter und Angestellte. Diesen Kampf haben wir zu führen gegen erbitterte Gegner von rechts und verblendete Klassengenossen von links.

Die Kommunisten sind als Partei ihren Weg konsequent weitergegangen. Ohne eigne politische Führung sind sie abhängig von den Moskauer Befehlen, die sie getreulich befolgen. Die Partei an sich ist eigentlich nur eine Filiale des russischen auswärtigen Amtes. Sie hat die Arbeiterschaft von Putz zu Putz und von Niederlage zu Niederlage getrieben. Eine Parole jagte die andre. Diese Partei, die den echten und prinzipienfesten Klassenkampf für sich allein in Anspruch nimmt, hat dauernd ihre ganze Kampf- und Stokkraft gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet.

Eine Flut von Lügen, Haß und Verleumdung

wurde uns entgegengeschleudert. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß immer wieder Einheitsfrontparolen kamen. Diese Parolen waren weiter nichts als ein gerissener Betrugversuch, auf den allerdings wenig Arbeiter hereinzufallen sind. Daß die Kommunisten unter Moskaus Leitung zeitweilig von einer Einheitsfront

mit den Nationalisten und Deutschvölkischen träumten und einen Schlageter als „tapfern Soldaten der Revolution“ verherrlichten, entbehrt nicht eines pikanten Reizes. Wäre das Experiment zu Ende gekommen, dann wäre auf jeden Fall ein betrogenere Betrüger auf der Strecke geblieben. Für uns steht fest: es kann mit der Kommunistischen Partei kein Baktieren, keine gemeinsame Arbeit und keine gemeinsame Politik geben. Auch gegen sie gibt es nur einen klaren, scharfen Kampf bis zur Niederringung auch dieses Gegners. Nimmermehr kann die Befreiung des Proletariats und die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch eine Diktatur einer Minderheit von Wirrköpfen erreicht werden, sondern sie kann und wird nur sein das Werk des demokratischen Sozialismus.

Der letzte ordentliche Bezirksparteitag bestimmte wieder Köln als Sitz des Bezirksvorstandes. Der Parteitag wählte in den Bezirksvorstand die Genossen Meerfeld, Kirschmann, Heinrich Rurh, Michael Schröder, Hanquett, Bener, Bödler, Haal, Riedmiller und die Genossinnen Hanna Meuter und Helene Otto. Die Genossin Hanna Meuter legte in der Berichtszeit ihr Amt als Mitglied des Bezirksvorstandes nieder. An ihrer Stelle wählte der Bezirksausschuß die Genossin Kirschmann-Röhl. Als Bezirkssekretäre schieden aus der Genosse Karl Jörgiebel, der im Oktober 1922 das Amt des Kölner Polizeipräsidenten übernahm, und Genosse Wilhelm Hülfen, der zum Stadtdirektor in Köln gewählt wurde. Mit Rücksicht auf die Not der Zeit blieben beide Stellen vorläufig unbeseht.

Die Agitation

konnte in der Berichtsperiode nicht in dem Maße und Umfang betrieben werden, wie es notwendig und wünschenswert war. Das Sinken des Geldwertes und die daraus resultierende rapide steigende Teuerung lähmten die Bewegungsfreiheit und die Werbekraft der Partei. Das zeigt sich am deutlichsten, wenn man die Verhältnisse im übrigen Bezirk mit denen im Saargebiet vergleicht. Das Saargebiet hatte infolge der sich immer mehr durchsetzenden Frankenwährung eine ziemlich stabile Währung. Das hatte eine innere Festigkeit der Organisation, eine zunehmende Mitgliederzahl und geregelte Massenverhältnisse zur Folge. Außer Landesrats- und Kommunalwahlen im Saargebiet hatten wir in der Berichtszeit keine Wahlkämpfe zu bestehen. Das wirkte natürlich gleichfalls hemmend auf die Agitation. Im allgemeinen war die Stimmung und die in der Bevölkerung herrschende Apathie einer Werbearbeit nicht günstig. Trotzdem haben verschiedene lokale Werbeaktionen gute Erfolge gebracht, wie überhaupt gesagt werden kann, daß überall, wo die Werbearbeit energisch betrieben wurde, gute Erfolge zu verzeichnen waren. — In der Berichtszeit fanden, soweit uns Berichte zuzingen, 417 öffentliche und etwa 1200 Mitgliederversammlungen statt. Leider geben die Berichte der Kreisorganisationen nur in wenigen Fällen ein klares Bild über die entfaltete Tätigkeit.

Burde einerseits unsere Agitation vielfach von den Kommunisten behindert, die unsere Versammlungen zu fördern oder zu sprengen suchten, so macht sich auf der andern Seite auch in den bürgerlichen Parteien je länger desto mehr wieder das Bestreben bemerkbar, unsere Aufklärungsarbeit zu unterbinden, indem man uns Lokale abtreibt oder verweigert. In den Zentrumsdomänen werden Kanzel und Beichtstuhl wieder mehr und mehr zu Kampfmitteln der clerikalen Propaganda. Was in dieser Hinsicht besonders in Missionszeiten an verschiedenen Orten geleistet worden ist, ist weder ein Ruhmesblatt für die Kirche noch für die Zentrumspartei.

Die schwerste Behinderung unserer Agitation setzte mit Beginn des Ruhrkampfes ein. Hatte bis dahin eine verhältnismäßige Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit bestanden, so gingen diese Freiheiten schon in den ersten Tagen des Kampfes verloren. Nicht nur, daß aus den belgisch und französisch besetzten Gebieten unsere agitatorischen Kräfte größtenteils ausgewiesen wurden, legten auch

sehr weitgehende und scharfe Versammlungsverbote

die Agitation und das Organisationsleben lahm. In großen Teilen des Bezirks konnten fast während des ganzen Jahres 1923 keinerlei Versammlungen abgehalten werden.

Es wurden in der Berichtszeit 6278 Neuaufnahmen gemacht. Diese Zahl ist selbst unter Berücksichtigung aller bestehenden Schwierigkeiten und Hemmnisse absolut unbefriedigend. Sie zeigt, daß unsere Genossen eine viel größere Aktivität entfalten müssen. Die Werbekraft der Partei ist ungebrochen, wenn die Genossen ihre Pflicht erfüllen.

Die Maifeier

nahm im Jahre 1922 im großen und ganzen einen erhebenden Verlauf. Im Jahre 1923 war sie im französisch besetzten Gebiete fast ganz, im belgisch besetzten Gebiet teilweise verboten. In den übrigen Gebieten und wo die Feier nicht verboten war, nahm sie einen würdigen Verlauf. Die Beteiligung war durchweg sehr stark. An den meisten Orten ruhte die Arbeit.

Im Jahre 1923 stand die Maifeier größtenteils im Zeichen des Abwehrkampfes gegen die Ruhrinvasion. Sie wurde zu einer wichtigen Demonstration gegen Imperialismus und Militarismus, für Völkerverständigung und internationale Verständigung.

Die Rheinlandfrage

ist auch in den beiden abgelaufenen Jahren nicht zur Ruhe gekommen. Wenn auch in den Kreisen der eingeseffenen rheinischen Bevölkerung eine Rheinlandfrage als solche nicht besteht, so sorgen doch bestimmte Kräfte und Kreise in Belgien und Frankreich dafür, daß diese Frage nicht zur Ruhe kommt. Auf diese Kräfte ist es auch zurückzuführen, daß diese Frage, die eigentlich eine innerdeutsche Angelegenheit ist, zur internationalen Frage wurde. Sie bekam einen ganz neuen Inhalt durch den Ruhrkampf, der sich bald zu einem Kampfe um das Rhein- und Ruhrgebiet auswuchs. Die rheinische Bevölkerung lehnt nach wie vor jede

staatsrechtliche Aenderung der Verhältnisse im Rheinlande ab. Sie hat diesem ihrem Willen wiederholt und eindeutig Ausdruck gegeben. Die Sozialdemokratische Partei des alt- und neubesetzten Gebietes war in der Beurteilung dieser Frage mit den Anhängern aller andern Parteien vollkommen einig.

Die Anhänger der Separatistenbewegung ließen besonders nach Eintritt der Ruhrbesetzung alle Mienen springen, um ihre Anhängerzahl zu vermehren und die Idee des Rheinstaates in die Wirklichkeit umzusetzen. Am 17. März 1923 wurde auf den Separatistenführer Smeets in Köln ein Attentat verübt. Smeets wurde schwer verwundet und schied nach seiner Wiederherstellung praktisch aus der Bewegung aus. Diese teilte sich in verschiedene Richtungen, die unter der Führung von Dr. Dorten, Mathees, Deckers und andern Dunkelmännern stehen und sich zum Teil gegenseitig bekämpfen.

Nach dem Zusammenbruch des Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr hielten diese Landesverräter ihre Zeit für gekommen. Sie glaubten, die allgemeine Not in Reich und Staat und die verzweifelte Lage der Bevölkerung in den besetzten rheinisch-westfälischen Gebieten für die Durchführung ihrer dunklen Pläne ausnützen zu können. Am 21. Oktober wurde unter Führung von Deckers in Aachen die „Rheinische Republik“ ausgerufen und mehrere öffentliche Gebäude besetzt. An den folgenden Tagen geschah das gleiche in fast allen größern Orten des belgisch und französisch besetzten Gebietes. Bei dieser Gelegenheit traten die Rheinlandbündler und ihre aus aller Herren Länder zusammengeholtten Söldnerscharen schwer bewaffnet auf. Das geschah unter den Augen und mit stiller Duldung, stellenweise sogar mit offensichtlicher Förderung der Besatzungstruppen. Von den öffentlichen Gebäuden fast aller größern Orte der belgisch-französischen Zone wehte die grün-weißrote Flagge. Die Bevölkerung wurde terrorisiert, wer sich nicht fügte, wurde eingesperrt, mißhandelt und viele wurden ausgewiesen. Viele Todesopfer waren zu beklagen. Das unter der Flagge „Freie Rheinländer“ auftretende Gesindel haufte wie Räuberbanden. Gegen den geschlossenen Willen aller Kreise der Bevölkerung konnten sich diese Herrschaften nur halten, weil die Besatzung sie schützte. Trotz dieses Schutzes wurde von der Bevölkerung an verschiedenen Orten immer wieder versucht, das unmwürdige Joch abzuschütteln. Dabei setzte es für die bewaffneten Sonderbündler vielfach blutige Köpfe ab. Im Siebengebirge lieferte die empörte Bevölkerung den Sonderbündlerscharen eine blutige Schlacht, in der über hundert Sonderbündler erschlagen wurden. Als dann die Besatzungsbehörden das Raubgesindel nicht mehr schützten, verschwand es schnell von der Bildfläche. Zurzeit sitzen nur noch einzelne kleine Reste in unserm Bezirk, während die Pfalz noch völlig in ihren Händen ist. Für die rheinische Bevölkerung heißt es nach wie vor, die Augen offen halten. Soll über unsre fernere staatliche Zugehörigkeit entschieden werden, dann kann dies nur von der gesamten rheinischen Bevölkerung und auf verfassungsmäßigem Wege geschehen. Dieser Weg ist aber verlegt, solange fremde Bajonette am Rhein stehen. Heute heißt es, doppelt wachsam sein. Die Parole ist: „H ä n d e w e a v o m R h e i n - l a n d!“

Die schriftliche Agitation

konnte nur sehr eingeschränkt betrieben werden. Die ungeheure Leuerung machte sich besonders im Buchdruckgewerbe bemerkbar. Die Presse für Flugblätter und Broschüren waren von den knappen Wahlleiterbeiträgen nicht mehr zu erschwingen. Da auch keine Wahlen durchgeföhrt wurden, war die schriftliche Agitation größtenteils auf die Parteiblätter des Bezirks beschränkt. Leider war es nicht möglich die neun Zeitungen über die Krise hinüber zu bringen. Das Erscheinen des „Rheinischen Volks“ in Bonn mußte eingestellt werden. Die Leser des Kreisverbandes Bonn beziehen bis auf weiteres wieder die „Rheinische Zeitung“. Die übrigen Blätter haben sich bisher dank der Treue und Opferwilligkeit der Genossen und der Leser trotz der ungeheuren Schwierigkeiten verschiedenster Art halten können. Auch für die Presse war der Ruhrkampf von verheerender Wirkung. Infolge der Einstellung des Eisenbahn- und Postverkehrs war die rechtzeitige Lieferung der Zeitung an die einzelnen Orte zeitweise unmöglich. Ganze Distrikte blieben monatelang ohne Zeitungen. Dazu kamen die öftern Verbote auf Grund der Zensurvorschriften. Davon wurden besonders unsre Blätter in Aachen, Bonn, Koblenz und Oberstein betroffen. In Aachen wurde der Geschäftsführer Genosse G r ü m m e r und der Redakteur Genosse P a s c h e r ausgewiesen, desgleichen wurden der Geschäftsführer K a s s e n und die Redakteure P i l a r d und D r o u v é von der „Rheinischen Parte“ ausgewiesen. Die Genossin S c h i f f g e n s und der Genosse K o p p e r z in Aachen, die versucht hatten, an Stelle der verbotenen „Freien Presse“ eine Ersatzzeitung herauszugeben, mußten gleichfalls das besetzte Gebiet verlassen. Der Genosse F o r s t e r als Redakteur des „Rahetal-Boten“ in Oberstein wurde vorübergehend verhaftet und mußte flüchten. Kurz nach Beginn des Ruhrkampfes wurde aus dem Saargebiet der Genosse Redakteur Karl R a l o f f ausgewiesen. Die Blätter selbst, soweit sie im belgisch-französischen Gebiete erscheinen, wurden mit Ausnahme der „Saarbrücker Volksstimme“ wiederholt auf längere oder kürzere Zeit, teilweise sogar bis zu drei Monaten verboten. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten konnte die „Volksstimme“ in Saarbrücken im Mai 1923 in ihr eignes Heim ziehen. Unsre Saarbrücker Genossen können auf diesen prächtigen Erfolg stolz sein. Es wird der intensiven und opferfreudigen Mitarbeit unsrer Parteigenossen auch weiterhin bedürfen, um die Wunden zu heilen, die dieser Kampf unsern Parteiblättern geschlagen hat, und die Blätter selbst so auszugestalten, daß sie wichtige Waffen im Kampfe für unsre Ideen sein können.

An Flugblättern wurden in der Berichtszeit verteilt:

- 50 000 Exemplare: Aufklärungsflugblatt gegen die Kommunisten,
- 60 000 Exemplare: An die Parteigenossen!
- 50 000 Exemplare: Schließt Euch an!
- 50 000 Exemplare: An die Schaffenden in Stadt und Land!
- 7 000 Exemplare: Helft der Arbeiterpresse!
- 20 000 Exemplare: An die Arbeiter des Saargebiets!

Aus Anlaß der Gemeinde- und Kreistagswahlen im Saargebiet wurden dort 15 verschiedene Wahlflugblätter in einer Gesamtauflage

von 260 900 und ein Beitragsflugblatt in einer Auflage von 5000 Stück verteilt.

Wahlen

Es fanden nur im Saargebiet Wahlen statt. Am 24. Juni 1922 wurde der Landesrat gewählt. Von 193 197 Stimmen entfielen auf die SPD. 29 210, auf die USP. 2639, auf die Kommunisten 14 629, auf das Zentrum 92 382, auf die Liste der Kriegsoffer 2018, auf die Liste der Haus- und Grundbesitzervereinigung 15 687, auf die Deutsche Volkspartei 24 989, auf die Demokraten 7481 und auf den Meterschutzverband 4162. Von 30 Mandaten erhielten die SPD. 5, die Kommunisten 2. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 55 Prozent. Das Wahlergebnis wäre wahrscheinlich für uns günstiger gewesen, wenn unsere Genossen nicht bis zum letzten Augenblick die Wahlbeteiligung abgelehnt hätten. Dadurch, daß wir erst unmittelbar vor der Wahl mit unserer Kandidatenliste hervortraten, war es uns nicht mehr möglich, werbend und aufklärend zu wirken. Jetzt stehen wieder Wahlen zum Landesrat bevor und werden unsere Genossen sicher die damalige Scharte auswehen. Ueber den Ausgang dieser Wahlen, die am 27. Januar stattfinden, war bei Abfassung des Berichtes noch nichts bekannt.

Am 8. Juli 1923 waren im Saargebiet die Wahlen zu den Kreistagen und den Gemeindevertretungen. Der Wahlkampf war ein überaus heftiger. Die Kommunisten ganz besonders machten die allergrößten Anstrengungen. Es gelang ihnen jedoch nicht, unennenswerten Abbruch zu tun. Das Ergebnis der Wahl war folgendes:

Kreis	Kreistag		Gemeinden	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Saarbrücken	1 025 240	22	340 057	169
Ottweiler	371 509	8	120 450	78
Saarlouis	259 481	7	49 457	43
St. Wendel	40 635	4	13 539	16
Merzig	53 617	5	24 309	9
St. Ingbert	80 689	4	43 857	26
Homburg	85 369	6	45 485	50
Insgesamt:	1 916 540	56	637 154	391

Die Kommunisten erhielten in den Gemeindevertretungen 105, in den Kreisen 16 Sitze.

Im April 1923 erließ die Regierungskommission des Saargebiets in Nachahmung des Gesetzes zum Schutze der Republik eine „Notverordnung“, worin die politischen Rechte eingeschränkt und zum Teil aufgehoben wurden. Am 2. Mai folgte dieser „Notverordnung“ eine gegen den Bergarbeiterstreik gerichtete Verordnung, die das Streikpostenstehen verbot. Von allen Seiten setzte der Widerstand ein. Es wurde erreicht, daß sich der Völkerbund mit diesen Ausnahmegeetzen beschäftigte, und daß der Regierungskommission die Freiheit der willkürlichen Anwendung erheblich beschnitten wurde. Dieser Erfolg war vorwiegend unserer Partei zuzuschreiben. Im allgemeinen kann man sagen, daß sich unsere Genossen gut in die kommunalpolitischen Aufgaben hineingearbeitet haben.

Kommunalpolitik

Gemeindevertretungen

Auf dem letzten Bezirksparteitag rechneten wir damit, daß spätestens im Frühjahr 1923 die Gemeindevertreterwahlen stattfinden und die veralteten Gemeindeverfassungsgesetze eine zeitgemäße Reform erfahren würden. Nichts von beidem ist in Erfüllung gegangen. Noch heute amtieren die gleichen Gemeindevertreter, aber unter ungleich schwierigeren Verhältnissen wie damals. Für eine aufbauende Gemeindepolitik im Sinne des Sozialismus fehlt; insbesondere nach dem Ruhreinbruch, jede Voraussetzung in den Gemeinden des besetzten Gebietes. Auch in den Gemeinden wirkte sich die Inflation katastrophal aus, teilweise führte sie zum Bankrott. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter mußten als ernste Kommunalpolitiker ihr Hauptaugenmerk vor allem darauf richten, in immer erneuten und mühsamen Verhandlungen mit den Gemeindebehörden und den bürgerlichen Parteien zu versuchen, die ins Ungeheure gewachsene Not weiter Kreise der Gemeindeangehörigen zu lindern. Ihre größte Sorge mußte den Arbeitslosen, Wohlfahrtsunterstützungsempfängern, Sozial- und Kleintrentnern gelten. Gab es doch Gemeinden, in denen

bis zu zwei Dritteln die Einwohner aus öffentlichen Mitteln unterstützt

werden mußten. Keine noch so rabiat vorgetragenen Forderungen der Kommunisten sind in der Lage gewesen, diesen Opfern einer unsinnigen Wirtschaftsordnung Hilfe zu bringen, wohl aber tat das die unermüdlige Tätigkeit unserer Genossen in den Gemeindeverwaltungen.

Die Sozialdemokratie ist bereit, wie bisher, den Gemeinden die Mittel zu bewilligen und zu beschaffen, die notwendig sind, um die Gemeindeeinrichtungen, besonders solche, die der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen, aufrecht zu erhalten. Sie verlangt aber, daß diese Mittel da genommen werden, wo sie vorhanden sind, daß Steuern erhoben werden, die nicht einseitig die Arbeiter, Angestellten und Beamten bis zur Unerträglichkeit belasten. Ein beliebtes Schlagwort der Bürgerlichen ist die Phrase von der „fünfjährigen Sozialistenwirtschaft“, die an dem Zusammenbruch des Reiches und der Gemeinden schuld sein soll. Wir werden auch im kommenden Wahlkampf diese unsinnige Anschuldigung noch öfter hören müssen.

Der Bezirksparteitag ist als der Auftakt zu den Gemeinderatswahlen zu betrachten. Die Fäden, die unsre in den Gemeinden tätigen Genossen durch die kommunalpolitischen Vereinigungen verbunden, sind durch Verkehrsschwierigkeiten und Separatistensput in vielen Gemeinden zerrissen. Da muß neu aufgebaut werden und alle Kräfte sind zusammenzufassen, um sie in den Dienst der sozialdemokratischen Gemeindepolitik und der Neuwahlen zu stellen.

Die „Sozialdemokratische Gemeindezeitung“

ist, wie so manche wertvolle Einrichtung, den Zeitverhältnissen zum Opfer gefallen. Besonders die Genossen in den Landgemeinden vermiffen schmerzlich die ihnen lieb gewordene Zeitschrift. Es besteht Hoffnung, daß es dem Bezirksvorstand in nicht allzu ferner Zeit möglich sein wird, einen Ersatz zu schaffen.

Unsre Arbeit in den Gemeinden in den letzten Jahren war schwierig und unpopulär. Bequemer wäre es gewesen, nach kommunistischer Methode Reden zum Fenster hinaus zu halten, jede praktische Mitarbeit in den Kommissionen aber zu vermeiden. Einer solchen Verantwortungslosigkeit sind die sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht fähig. Sie wissen, daß sie im kapitalistischen Staat keine sozialistische Gemeinde errichten können, daß sie aber dem körperlichen und geistigen Elend, das der Kapitalismus den arbeitenden Schichten bringt, auch in der heutigen Gesellschaftsordnung entgegenwirken können. In diesem Sinne werden unsre Gemeindevertreter auch fernerhin arbeiten und kämpfen.

Die Organisation

war in der Berichtszeit andauernd den schwersten Erschütterungen ausgesetzt. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse waren für unsre Partei die denkbar ungünstigsten. Auf der einen Seite wurde die Politik der Partei von vielen Genossen nicht verstanden und nicht gebilligt, auf der andern Seite hemmten Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrungen, inner- und außenpolitischer Druck unsre Entwicklung. Unter diesen ungünstigen Verhältnissen, deren Wirkung noch verschärft wurde durch die wiederholten Währungskrisen, war es nicht möglich, alle bestehenden Organisations-einrichtungen aufrechtzuerhalten. Wir waren gezwungen, der Not der Zeit Rechnung tragend, von den zehn vorhandenen Kreissekretariaten drei abzubauen. Die Sekretariate in Düren, Oberstein und Siegburg gingen ein, in Gummersbach und Bonn mußten wir vorläufig auf die Neuansstellung eines Sekretärs verzichten. Der frühere Kreisverband Düren wurde aufgeteilt in der Weise, daß der Kreis Euskirchen dem Kreisverbande Bonn, der Kreis Bergheim an Köln und die Kreise Düren und Jülich dem Kreisverbande Aachen angegliedert wurden. In der Besetzung der Sekretariate wurden verschiedentlich Änderungen vorgenommen. In Köln wurde an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Waldemar Funk der Genosse Lorenz Riedmiller aus Freiburg in Baden gewählt. Die Genossen Weiß in Trier und Pirkard in Koblenz wurden von den Besatzungsbehörden ausgewiesen und weilen zurzeit noch im unbesetzten Gebiet. Der Parteisekretär Franz Marg in Bonn wurde zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Bonn gewählt. Die beiden zur Pfalz gehörenden Bezirke Homburg und St. Ingbert wurden wegen der Besatzungsverhältnisse an den Kreisverband Saarbrücken angegliedert.

Am 1. Oktober 1922 wurde die Verschmelzung der SPD. mit der früheren USPD. vollzogen. Einen wesentlichen Mitgliedererwerb zogen wir aus dieser Vereinigung nicht, da die Mitglieder der früheren USPD. bereits früher zum größten Teile zur KPD. übergegangen waren. Ein Gewinn war, daß der unheilige Bruderkampf zwischen den beiden Parteien durch die Vereinigung beendet wurde.

Leider konnten infolge der vielen Schwierigkeiten und besonders der Ausweisungen im letzten Jahre

die Agitationsausschüsse

nicht mehr im vollen Umfange funktionieren. Die Zahl der Ortsvereine ist etwas zurückgegangen. Sie ist nicht genau festzustellen,

da wegen der Arbeitslosigkeit und der Ausweisung an vielen Orten das Organisationsleben zurzeit brach liegt. Es bestehen insgesamt noch etwa 250 Ortsvereine. Wie bei den Ortsvereinen, war es bei der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse auch bei der Mitgliederzahl nicht möglich, den früheren Stand zu halten. Mancher Verbitterte und Verärgerte, so mancher, dessen Hoffnungen und Wünsche nicht erfüllt werden konnten,kehrte der Partei den Rücken. Hinzu kam, daß infolge des Währungsverfalls immer neue Beitrags-erhöhungen notwendig wurden, die den Kassierern die Arbeit erschwerten und von den Mitgliedern nicht immer verstanden wurden. Die scheinbar hohen Beiträge erschwerten auch wesentlich das Werben neuer Mitglieder. Viel zu wenig Aufmerksamkeit widmen unsre Genossen im allgemeinen dem Betriebsvertrauensmännersystem, bzw. der Zusammenfassung unsrer Parteigenossen in den einzelnen Betrieben. Mit Rücksicht auf die Abwehr gegnerischer Angriffe sowohl als auch zur Festigung unsrer Position und zur Werbung neuer Mitglieder muß hier noch sehr viel Veräumtes nachgeholt werden.

Der Bezirksvorstand hielt in der Berichtsperiode 32, der Bezirksauschuß 7 Sitzungen ab. Die Bezirkssekretäre nahmen insgesamt an 334 Versammlungen teil, davon an 252 als Referenten, ferner an 164 Sitzungen der Unterbezirke, 217 Sitzungen der Ortsvorstände und 161 sonstigen Sitzungen.

Das größte Hemmnis für die Entwicklung der Partei und den Ausbau der Organisation war das Fehlen einer genügend großen Zahl befähigter, mit der nötigen Arbeitsfreudigkeit ausgerüsteter Genossinnen und Genossen. Diese heranzuziehen ist eine unsrer wichtigsten und vornehmsten Aufgaben.

Die Frauenorganisation

ist eines der schwierigsten Kapitel unsrer Organisationsarbeit. Alle Versuche, die weiblichen Mitglieder dauernd an die Organisation zu fesseln, waren bisher nur von bescheidenen Erfolgen gekrönt. Das mag daran liegen, daß die Politik und das Organisationsbedürfnis dem Gefühlsleben der Frau fremder ist als dem des Mannes. Zu nicht geringem Teil wird es aber darauf zurückzuführen sein, daß wir bisher in der Bearbeitung den Frauen gegenüber nicht die richtige Einstellung gefunden haben. Wir werden uns in Zukunft mehr auf das Gefühlsleben der Frau einstellen müssen. Es muß und wird uns gelingen, auch die großen Scharen der Arbeiterfrauen und Mädchen den großen Gedanken des Sozialismus zu gewinnen. Ein wesentliches Mittel dazu wird

die Arbeiterwohlfahrt

sein. Sie ist der jüngste Zweig unsrer Bewegung und wir können wohl sagen, daß wir mit der Gründung der Arbeiterwohlfahrt ein sehr wichtiges Arbeitsgebiet erschlossen haben.

Auch auf die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt haben die allgemeinen ungünstigen Verhältnisse und besonders die Besetzung des Ruhrgebietes lähmend gewirkt. Es ist darum unmöglich, ein umfassendes Gesamtbild über die Arbeiten der Unterausschüsse für Ar-

beiterwohlfahrt bzw. des Bezirksausschusses zu geben. Zurzeit sind ungefähr 100 Unterausschüsse in Tätigkeit.

Der Hauptzweck der Arbeiterwohlfahrt ist, der Arbeiterschaft die Mitwirkung auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege in Reich, Ländern und Gemeinden zu ermöglichen. Mit der Schaffung und Gestaltung von Gesezen in den Parlamenten ist es nicht getan. Das Gesez muß in der praktischen Anwendung Leben erhalten.

In der furchtbaren Not dieses Winters stand die direkte Hilfsbereitschaft an den Bedürftigen unsrer Klasse im Vordergrund. Von Köln ging der Ruf zu einer Wohlfahrtstagung für das gesamte besetzte Gebiet aus. Diese Tagung war am 9. Dezember 1923 in Köln und wurde zu einem lauten Mahnruf um Hilfe in der großen Not an alle Kreise des In- und Auslandes.

Naturgemäß liegt das Schwergewicht auch dieser Organisation zunächst in der maßgebenden Großstadt des Bezirks. Hier sind die Vorbedingungen erfolgreicher Arbeit in mannigfachster Art gegeben. Die Wohlfahrtsorganisation in der Stadt Köln war in der Lage, sowohl was die Mitarbeit der Gemeinde, als auch die Ausbildung der Wohlfahrtshelfer, Verschickung von Kindern aufs Land, Verteilung von Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken, anlangt, sehr erfolgreich zu arbeiten.

Für unsern Bezirk ist besonders wichtig die weitere Einrichtung von Orts- und Kreisausschüssen. Alle in Wohlfahrtsfragen erfahrenen und arbeitsfreudigen Genossinnen und Genossen müssen zur Mitarbeit aufgerufen werden.

Wohlfahrtsarbeit und Gemeindepolitik

sind ena verbunden, daher zählen alle Gemeindevertreter und Mitglieder der Kreistage selbstverständlich zu Helfern unsrer Wohlfahrtsarbeit. Notwendig ist eine engere Verbindung und Berichtstätigkeit zwischen den Unterausschüssen und dem Bezirksausschuß. Nur der gemeinsamen Arbeit der Unterausschüsse mit dem Bezirksausschuß und dem Hauptausschuß in Berlin wird es gelingen, auch auf diesem Gebiete das weitgesteckte Ziel zu erreichen.

Die Beamtenbewegung

litt gleichfalls durch die Ungunst der Verhältnisse. Zwar sind durchweg die sozialdemokratischen Beamten der Partei treu geblieben, aber der organisatorische Fortschritt befriedigt uns nicht. Das mag zu einem Teil in der finanziellen Lage der Partei begründet sein, die nicht wie früher große Mittel aufwenden konnte. So mußte der „Freie Beamte“ sein Erscheinen einstellen. Ein weiterer Grund für den verhältnismäßigen Stillstand der Beamtenbewegung ist in den durch den Ruhrkampf hervorgerufenen Verhältnissen (zahlreiche Ausweisungen der gewerkschaftlich und politisch tätigen Beamten, Verkehrser schwerungen usw.) zu suchen.

Am 30. September und 1. Oktober 1922 tagte in Köln der zweite Bezirksbeamten tag, der aus allen Teilen des Bezirks beschiedt war. Es wurden Referate gehalten über: „Organisation und Agitation in der Beamtenbewegung“, „Entwicklung des Beamtenrechtes“ und das

„Beamtenprogramm der SPD.“ Eine Reihe Anträge, besonders solche, die sich mit der Demokratisierung der Verwaltung befaßten, wurden angenommen. Der für Herbst 1923 vorgesehene Beamten tag mußte der Verkehrsschwierigkeiten wegen ausfallen.

Sobald einigermaßen geregelte Verhältnisse eintreten, werden wir uns wieder mit größerer Energie der Beamten agitation zu widmen haben, denn auch heute noch gilt der Satz, daß eine große Zahl sozialdemokratischer Beamten eine der besten Sicherheiten für Republik und Demokratie ist.

Die Jugendbewegung

leidet nach wie vor an einem Mangel an geeigneten Mitarbeitern. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Versammlungslokalen sind groß, ausreichende Barmittel für eine durchgreifende Arbeit fehlen und hemmen die Bewegung in ihrer Entfaltung. Wenn es trotzdem voran geht, so ist das der Opferwilligkeit und Begeisterung der Jugendlichen und vieler älterer Mitarbeiter zu danken. In einer Reihe von Orten wurden Führer- und Funktionärskurse abgehalten, an andern wurden, um dem Lokalmangel abzuhelfen, eigene Jugendheime errichtet. In alten Baracken, Scheunen usw. schuf sich die Arbeiterjugend ihre Heime. Dieses Streben der Jugend nach Schaffung eigener Heime verdient die lebhafteste Unterstützung. Das eigene Heim ist das beste Bindemittel für die Jugendvereine. Pfingsten 1922 war in Bonn für den ganzen Bezirk der „Rheinische Arbeiterjugendtag“, an dem sich tausende Jungens und Mädels beteiligten. Der imposante Festzug, der Huldigungsakt am Beethoven- denkm al wird allen Teilnehmern unvergessen bleiben.

Trotz aller Schwierigkeiten erreichten wir, daß nicht nur die alten Vereine intakt blieben, sondern es konnten noch einige neue gegründet werden. Die in der Berichtszeit erfolgte Vereinigung der Arbeiterjugend mit der Sozialistischen Proletarierjugend brachte dem Bezirk keinen nennenswerten Mitgliederzuwachs, fand aber trotzdem die freudige Zustimmung der Mitglieder. Versuche der kommunistischen Inward, den Rahmen der Arbeiterjugendvereine zu sprengen, blieben erfolglos. Sie scheiterten an dem gesunden Sinn unsrer Jugendlichen. Etwa 200 Jungens und Mädels des Bezirks nahmen am Reichsjugendtag 1923 in Nürnberg teil.

Die Jungsozialisten,

die die Brücke zwischen Jugendbewegung und Partei bilden, haben in einer Anzahl von Orten zum Teil sehr rege und emsige Gruppen gebildet. Es ist dringend zu wünschen, daß die Parteiorganisationen diesen Gruppen die nötige Beachtung schenken, denn aus ihnen soll die Partei ihren Nachwuchs ziehen. Zusammenfassend sei gesagt, daß die Jugendbewegung des Bezirks zu den besten Hoffnungen berechtigt. Nötig ist aber, daß überall die ältern Genossen erkennen, daß ohne Jugend und jugendlichen Geist Sozialismus unmöglich ist und daß die Jugendbewegung daher mit allen Mitteln gefördert und gestärkt werden muß im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung.

Die Bildungsarbeit

In Notzeiten, wie wir sie gegenwärtig durchleben, Bildungsarbeit zu treiben, ist schwer. Und doch ist die Bildungsarbeit gerade in unsrer Zeit von großer Bedeutung, da sie allein verhindern kann, daß Armut gleichbedeutend mit Kulturlosigkeit wird. Da dem Bildungssekretariat ausreichende Mittel zur Durchführung größerer kultureller Aktionen nicht zur Verfügung stehen, muß jeder Parteiverein von sich aus dafür sorgen, daß er ein Kulturverein wird, um nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die geistige Schulung seiner Mitglieder zu betreiben. Das Bildungssekretariat hat in der Berichtszeit seine Tätigkeit in der Hauptsache als beratende aufgefaßt, indem es Programme für künstlerische und belehrende Veranstaltungen zur Verfügung stellte. Erfreulicherweise haben eine ganze Anzahl von Vereinen eine recht lebhafte Bildungsarbeit entfaltet. Mustergültiges bot die „Sozialistische Bildungsgemeinschaft“ Köln mit ihrem „Ferienstag der Arbeit“, der etwa 50 000 Besucher aufwies, ihren Heine-, Hauptmann- und Hans-Sachs-Abenden sowie ihrer Vortragsarbeit. Nötig ist, daß jeder Ort des Bezirks eine „Sozialistische Bildungsgemeinschaft“ schafft, damit die Bildungsarbeit planmäßig für den ganzen Bezirk organisiert werden kann.

Sehr wertvoll war die Büchereiarbeit des Bildungssekretariats, die es in der Berichtszeit ermöglichte, rund

500 Bibliotheken von je 50 Bänden

unentgeltlich oder zu einem wesentlich verbilligten Preise an die Vereine abzugeben. Ein neuer Versuch auf dem Gebiete ist die „Sozialistische Büchergemeinde“ in Köln, die ebenfalls allen Parteivereinen als Vorbild dienen kann. Vergessen wir eines nicht: Eine Gesundung des schwerkranken sozialen Körpers ist nur möglich, wenn zum Ausbau der wirtschaftlichen Grundlagen die Umformung der Geister, die Gesinnungsumstellung, kommt, ohne die der Sozialismus nicht Wirklichkeit werden kann.

Schlussbemerkungen

Hinter uns liegen zwei Jahre schwerster Arbeit unter außerordentlich ungünstigen Verhältnissen. Wir hatten Demokratie und Verfassung gegen die mit den brutalsten Mitteln kämpfende Reaktion von rechts, wie gegen verrannte Fanatiker von links zu verteidigen. Wir litten unter unfählich hartem außenpolitischem Druck, ausgeübt von einem erbarmungslosen Sieger. Wir sind das ärmste Volk der Erde geworden und haben alle Kraft daran zu setzen, zu verhindern, daß wir auch innerpolitisch ein unfreies Volk werden. Der Kampf für Freiheit und Sozialismus kann nur auf demokratischer Grundlage durchgekämpft werden.

Vor uns liegen erbitterte Kämpfe. In wenigen Wochen werden wir die Wahlen zu den Gemeindevertretungen zu tätigen haben. Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür und im nächsten Frühjahr muß der Preussische Landtag neu gewählt werden. Die siegreiche Be-

endigung dieser Kämpfe setzt eine Riesenkraft voraus, die wir nur dann haben werden, wenn wir alle in der Arbeiterschaft schlummernden Kräfte zusammenreißen und alle Energie auf einen Punkt konzentrieren. Wir werden keine Zeit haben zu Auseinandersetzungen über gemachte Fehler, sondern wir werden mit aller uns zu Gebote stehenden Macht die Festungen des Feindes stürmen müssen.

Wir fürchten den Kampf nicht. Von den Jugendtagen der Sozialdemokratie an war Kampf ihr Lebenselement. Er wird es bleiben. So ziehen wir hinein in die kommenden Kämpfe mit frohem Mut und fester Siegeszuversicht. Vorwärts, durch Kampf zum Sieg, für Demokratie und Sozialismus!

Der Bezirksvorstand:

Dr. Meerfeld, Kirschmann, Heinrich Kurth, Schröder, Hanquet, Beyer, Bödler, Haaf, Riedmiller, Helene Otto, Frau Kirschmann-Röhl, Jörgiebel, Beverberg, Miß, Schad, Runow, Hirsch, Höllen.

Abrechnung für das Geschäftsjahr 1922/1923.

Einnahmen.	
Kassenbestand am 1. 4. 1922	M 86 763.20
Für Neueinnahmen, 4321	" 19 986.—
" 1 194 036 Beitragsmarken (männl.)	" 28 640 023.40
" 193 111 " (weibl.)	" 2 510 499.30
" 14 872 Einigungsmarken (männl.)	" 297 440.—
" 1 006 " (weibl.)	" 10 060.—
" Listenansammlungen im Bezirk	" 4 912 229.71
" sonstige Einnahmen im Bezirk	" 13 231 905.19
" Darlehen	" 275 000.—
" Zuschuß vom Parteivorstand	" 382 000.—
Gesamteinnahmen	M 50 365 906.80
Ausgaben.	
Für allgemeine Agitation	M 22 079 034.24
" Verwaltung	" 12 953 113.37
" Strafen und Prozeßkosten	" 83 718.30
" Beitrag an den Parteivorstand	" 3 472 881.80
" sonstige Ausgaben	" 6 070 635.48
Kassenbestand am 31. 3. 1923	" 5 776 625.61
M 50 365 906.80	

Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1923/1924.

(Umfassend die Zeit vom 1. April 1923 bis 31. Dezember 1923.)

Einnahmen.

Kassenbestand am 1. 4. 1923	M	5 776 625
Aufnahmegelder	"	20 274 584 667 586
741 323 Männermarken	"	10 868 249 597 559 060
84 025 Frauenmarken	"	624 466 991 907 855
Sammellisten	"	285 537 050 273
Diverse Einnahmen	"	1 886 339 312 763 847
Gesamteinnahmen	M	13 419 616 029 725 246

Ausgaben.

Agitation	M	4 871 008 849 877 956
Verwaltung	"	3 934 465 056 679 368
Strafen und Prozeßkosten	"	302 171 000
Diverse Ausgaben	"	459 166 658 531 275
Beiträge an den Parteivorstand	"	600 001 806 178 222
Kassenbestand am 31. 12. 1923	"	3 554 973 356 287 425
Ausgaben	M	13 419 616 029 725 246

Köln, den 13. Februar 1924. Der Kassierer: E. Leverberg.

Für die Revisoren: F. Marx. E. Pikard.

Die Mitgliederbewegung

ergab folgendes Bild: Der Mitgliederbestand betrug nach elf Beiträgen im Quartal berechnet am 1. April 1922 33 028, am 31. März 1923 29 252 und am Schluß des Kalenderjahres 21 678.

Die Abrechnung des letzten Quartals ist nicht vollständig. Die tatsächliche Mitgliederzahl dürfte ungefähr 26 000 betragen. Sie betrug am 30. September 1923 27 470.

Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitags für die obere Rheinprovinz

abgehalten zu Köln am 27. und 28. September 1919.

Köln, 16. Februar.

I. Verhandlungstag.

Im schön geschmückten Volkshausaal trat am Samstag um 4¼ Uhr der Parteitag des Bezirks Obere Rheinprovinz der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zusammen. Reichstagsabgeordneter Dr. Meerfeld, der kurz vorher aus London zurückgekehrt war, begrüßte als Vorsitzender des Bezirksvorstandes die zahlreich erschienenen Delegierten mit herzlichen Worten:

Der heute zusammgetretene Parteitag ist von größter Wichtigkeit. Die Sozialdemokratie steht vor schweren Kämpfen. Das deutsche Volk ist in größter politischer und geistiger Verwirrung, und uns liegt es ob, nach Richtlinien zu neu aufbauender Politik zu suchen. Besonders am Rhein haben wir Aufgaben zu lösen, die von weitreichender außenpolitischer Bedeutung sind. Im Vordergrund steht da für uns die Rheinlandfrage, die nur in der Außenpolitik eine „Frage“ ist. Neben den Wahlen zum Reichstag stehen wir auch vor Gemeinderatswahlen, die wir heute auf ganz anderer Grundlage als früher führen. Mit voller Ueberzeugung von der Güte unserer großen Sache gehen wir in den Kampf. Wer vom Sozialismus durchdrungen ist, kann nie an ihm irre werden. Es geht um die bessere Zukunft! (Beifall.)

Zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Parteitages werden Kirschmann (Köln) und Schäfer (Saarbrücken) gewählt. Zu Schriftführern werden Frau Stieß (Siegburg), Mödel (Koblenz), Reff (Aachen), Wolff (Beuel) gewählt. Kirschmann übernimmt den Vorsitz. Der Parteitag gibt sich folgende

Tagesordnung:

1. Konstituierung.
2. Bericht des Bezirksvorstandes,
 - a) Allgemeines (Berichterstatter Konrad Miß),
 - b) Kassenbericht (Berichterstatter Ernst Leverberg).
3. Bericht der Revisoren.
4. Die Rheinlandfrage und die Sozialdemokratie (Redner: Abg. Meerfeld). — Die bevorstehende Reichstagswahl und das deutsche Volk (Redner Abg. Sollmann).
5. Die Gemeindewahlen (Redner: Landtagsabgeordneter Haas).
6. Die Aufstellung der Reichstagskandidaten für die Wahlkreise Köln-Aachen und Koblenz-Trier.
7. Anträge.
9. Wahl des Bezirksvorstandes und des Ortes des Bezirksvorstandes.
10. Wahl des Ortes des nächsten Parteitages.

Görlinger begrüßt den Parteitag im Namen der Kölner Parteigenossen. Mödel (Koblenz) begründet den Antrag Nr. 3 des Kreisvereins Koblenz, zum Referat über die Reichstagswahlen Genossen Kleinmeyer (Koblenz) als Korreferenten aufzustellen. Hirsch tritt für einen Korreferenten ein. Kirschmann ersucht im Namen des Bezirksvorstandes, von der Stellung eines Korreferenten abzusehen, dafür aber einem Redner, der anderer Meinung ist, eine halbe Stunde Redezeit in der Aussprache zu gewähren. In diesem Sinne wird beschlossen.

Der Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes

wird erstattet vom Genossen Miß. Er verweist auf den vorliegenden ausführlichen schriftlichen Bericht. Es liegen agitatorisch wie organisatorisch zwei schwere Jahre hinter uns. Es war nicht möglich, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Trotzdem gelang es, die Organisation fast unverfehrt über diese schwerste Zeit hinwegzubringen. Das ist besonders der hingebenden, opferfreudigen Arbeit so vieler Parteigenossinnen und Genossen zuzuschreiben, es ist das aber auch ein glänzender Beweis für die innere Festigkeit und Geschlossenheit unsrer Bewegung. Die Agitation war außerordentlich schwierig. Es fehlte ihr in der Berichtszeit vor allen Dingen das belebende Element größerer Wahlkämpfe. Die Partei war politisch größtenteils in der Abwehr. Wir mußten Errungenes gegen Angriffe von rechts und links verteidigen, wir mußten Männer in den Kreierungen und Verwaltungen stützen, deren Tätigkeit von den Massen nicht immer verstanden wurde. Tausende Volksgenossen übersehen noch immer, daß wir heute nicht nur die Staatsform, sondern auch bestimmte Staatseinrichtungen schützen und verteidigen müssen, und daß wir

die einzige Partei

sind, die eine unbedingte Stütze der Republik und der Demokratie ist. Hat sich das politische Wirkungsfeld verändert, dann muß selbstverständlich auch unsre Agitationsarbeit anders geartet sein, als sie es früher war. Erfreulich ist es, daß nach und nach eine Ernüchterung der Geister eintritt. In letzter Zeit mehrten sich die Uebertritte von der kommunistischen Partei zu uns. Auch mancher alte Genosse, der zeitweise abseits stand, kehrte wieder in die Reihen unsrer Arbeiter- und Kämpferschar zurück.

Die Agitation unter den Beamten, Lehrern, Frauen usw. konnte unter der Ungunst der Verhältnisse nicht mit dem wünschenswerten Nachdruck betrieben werden. Wir konnten unsre Mitgliederzahl in der Beamtschaft halten. Die Beamtenwerbeausschüsse müssen allorts viel besser ausgebaut, die Mitglieder dazu viel sorgfältiger ausgewählt werden und die Kreisleitungen müssen diesen Ausschüssen viel mehr mit Rat und Anreagungen an die Hand gehen.

Viel zu wünschen übrig ließ in der Berichtszeit das Betriebsvertrauensmännersystem. Viel zu sehr sind unsre Genossen immer noch auf die Wohnbezirksorganisation eingestellt und übersehen, daß die Betriebsorganisation die notwendige Ergänzung zu ersterer bildet.

Wo man in dieser Hinsicht Versuche machte, waren die Erfolge die allerbesten. In der vor uns liegenden Zeit werden wir dieser Organisationsform die größte Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu widmen haben.

Was von der Agitation für die Partei gesagt wurde, gilt in gleichem Maße auch für

die Agitation für die Parteipresse.

In den letzten Jahren ist unendlich viel kritisiert worden über unsre Partei, unsre Tattik, über die Reichstagsfraktion usw. Eine große Anzahl dieser Kritiker ist von keinerlei Sachkenntnis beschwert. In vielen Fällen konnte den größten Schreibern nachgewiesen werden, daß sie gar kein Arbeiterblatt lesen. Sie beziehen ihr Wissen entweder aus der kommunistischen oder mehr noch aus der bürgerlichen Presse, die beide berufsmäßig unsre Partei und unsre Politik herunterreißen.

Die Bedeutung unsrer Presse für die Partei ist bekannt, unsre Verpflichtung, für ihre Verbreitung die allergrößten Anstrengungen zu machen, selbstverständlich. Leider muß immer noch wieder gesagt werden, daß es jedem Parteigenossen unbedingte Pflicht ist, sein Parteiorgan zu lesen und zu halten. Unsre Presse hat schwere Zeiten durchgemacht. Inflation und Währungsstrafen stellten die geschäftliche Grundlage der Blätter mehrmals in Frage. Das Parteiorgan in Bonn mußte mit der „Rheinischen Zeitung“ verschmolzen werden. In letzter Zeit macht sich auch für die Presse ein Gesundungsprozeß bemerkbar. Leserschaft und Insekrate nehmen zu, die finanzielle Grundlage scheint für die Zukunft gesichert. Außer der in Köln erscheinenden „Rheinischen Zeitung“ blieb keines unsrer Parteiorgane im Bezirk von schweren Eingriffen, wie Verböten, Strafen und Ausweisungen der Redakteure oder Geschäftsführer verschont.

Die Raifeier ist im Jahre 1922 sehr gut verlaufen. 1923 war sie in den größten Teilen unsres Bezirks von den Besatzungsbehörden verboten. Revolutions- und Verfassungsfeiern wurden an zahlreichen Orten veranstaltet und nahmen einen würdigen Verlauf. Auch

die Organisation

litt sehr stark unter der Ungunst der Verhältnisse. Die Geldentwertung machte immer wieder neue Beitragserhöhungen notwendig. Trotzdem konnten wir die vorhandenen Organisationseinrichtungen nicht in vollem Maße aufrecht halten. Der Redner weist darauf hin, daß bei anhaltender Stabilisierung der Währung Aussicht bestehe, einen Teil der abgebauten Einrichtungen wieder ins Leben zu rufen. Dabei sei in erster Linie an die „Gemeindezeitung“ gedacht, die am 31. Dezember 1923 ihr Erscheinen einstellen mußte.

Weiter gedenkt der Redner der ausgewiesenen Genossen, die heute unsern Verhandlungen fern bleiben müssen. Es sei damit zu rechnen, daß den ausgewiesenen Sekretären Weiß und Picard bald die Rückkehr in das befehete Gebiet gestattet werde. Nach Beendigung des Ruhrkampfes sind die Kreisverbände trotz der

bestehenden außerordentlichen Schwierigkeiten einer gründlichen und erfolgreichen Durchorganisation unterzogen worden. Soweit es möglich war, sind die durch Ausweisung und Verdrängung unsrer Funktionäre entstandenen Lücken wieder ausgefüllt worden.

Die Vereinigung der unabhängigen Partei mit der unsrigen im Oktober 1922 brachte uns einen kleinen Zuwachs an Mitgliedern. Die Vereinigung der beiden Parteien ging glatt vor sich. In die einzelnen Vorstände und Ausschüsse wurden Mitglieder der USP. hinzugenommen. Dem Bezirksvorstand wurden die Genossen Hirsch und Runowski beigeordnet.

Neues Leben muß in die Kreisvereinigungen sozialdemokratischer Gemeindevorsteher einziehen. Sie sind unter dem harten Druck der Verhältnisse teilweise lahmgelegt. Da muß Versäumtes jetzt nachgeholt werden.

Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen

stellen uns vor schwere Aufgaben. Die Auswahl der aufzustellenden Vertreter muß mit allergrößter Sorgfalt vorgenommen werden. Haben sich einzelne Genossen ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, dann sind sie durch andre, fähigere, zu ersetzen.

Die letzten Wahlen im Saargebiet erfüllen uns mit Genugtuung und Stolz. Unsrer Partei hatte einen Stimmenzuwachs von 50 Prozent zu verzeichnen. Diese Wahlen zeigen, daß der Gedanke des Sozialismus marschiert, daß unsrer Partei ihre Werbestraft nicht verloren hat.

Die Arbeiterwohlfahrt

als jüngster Zweig unsrer Bewegung erfordert unsre ganze Aufmerksamkeit. Allzulange haben wir abseits gestanden und den Bürgerslichen die Wohlfahrtspflege allein überlassen. Wir müssen unsern in Elend und Not geratenen Klassengenossen eine Stütze bieten, sie in ihrer größten Verlassenheit trösten und aufrichten und darüber wachen, daß die Wohlfahrtsmaßnahmen des Staates und der Gemeinden auch unsern Anhängern voll zugute kommen.

Zum Schluß noch ein Wort zu unsern „Freunden“ von links. Es gibt leider noch immer Genossen, die glauben, es sei möglich, mit jenen gemeinsam den Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu führen. Sie fühlen sich durch die Klassengemeinschaft mit denen verbunden, die heute der kommunistischen Fahne folgen. Diese Illusion muß beseitigt werden, so schwer es auch fallen mag. Die kommunistische Partei vertritt keine Arbeiterinteressen, sondern sie geht über die Arbeiterinteressen hinweg, um Rußlands Politik zu machen. Die Tatsache, daß der Kern dieser Partei aus Arbeitern besteht, darf uns nicht irre machen. Wir haben alle Zeit im scharfen Kampf gestanden auch gegen Arbeiter, wenn sie andern Parteien folgen. Wir müssen uns auf uns selbst besinnen. Auch die Tatsache, daß heute die kommunistischen Wellen hoch gehen, darf uns nicht verwirren. Denken wir an die frühere USP., die 1920 im Kreise Köln-Aachen 70 000 Stimmen erhielt, ein Jahr später aber nur noch ganze 8000! Haben wir Mut, Ausdauer und Selbstvertrauen, Kampfesfreude und Siegeswillen, dann räumen wir die Kommunisten nieder, wie wir alle Gegner niedergedrungen haben. Nicht, indem wir Einheitsfrontgespinnsten nachjagen, sondern indem wir den

praktischen Klassenkampf

kämpfen, bereiten wir die Einheitsfront des Proletariats vor. Wir müssen praktische Arbeit für den Sozialismus leisten. Hinter uns liegt eine Wüste, vor uns ein Kampffeld. Wir fürchten die schweren Kämpfe der nächsten Zeit nicht, wir erwarten sie mit dem frohen Mut und der Siegeszuversicht, die uns das Bewußtsein geben, für eine gerechte, heilige Sache zu kämpfen. (Lebh. Beifall.)

Der Klassenbericht

wird gegeben vom Genossen Leberberg: Wir hatten den Bezirksverband in eine Anzahl Verwaltungsbezirke eingeteilt. Diese Einrichtung war gut, solange die einzelnen Verwaltungsbezirke über eigene Sekretariate mit freigestellten Kräften verfügten. In dem Augenblick aber, als wir durch die Inflation und die dadurch eingetretene Verarmung der Organisation gezwungen wurden, an den Abbau heranzugehen, zeigten sich ihre Mängel. Noch schlimmer wurde es, als durch den Ruhrabwehrkampf und später unter der Separatistenherrschaft die weitaus größte Mehrzahl unsrer Funktionäre in den Kreisen und Ortsvereinen ausgewiesen wurden. Darauf ist es zurückzuführen, daß eine Anzahl Ortsvereine vorübergehend eingingen und an andern Stellen eine regelmäßige Zustellung der Beitragsmarken unmöglich war. Wir haben uns entschlossen, die zuerst nur als vorübergehende, aus den Verhältnissen zwangsläufig sich ergebende Zentralisierung der Kassierung in einzelnen Orten auf den gesamten Bezirk auszudehnen. Ich bitte Sie, die diesbezüglichen Anträge des Bezirksvorstandes, die eine Umänderung des Statuts bedeuten, anzunehmen. Im übrigen litten

die Finanzverhältnisse der Partei

unter der Inflation. Der Umstand, daß die Gelder in der Regel erst drei Monate nach der Kassierung in den Besitz der Zentrale gelangten, hat in einzelnen Perioden der Berichtszeit geradezu katastrophal gewirkt. Wir dürfen heute, wo wir die schlimmste Zeit hoffentlich hinter uns haben, ruhig gestehen, daß wir manchmal nicht wußten, woher wir die allernotwendigsten Mittel für die Agitation hernehmen sollten. Die Tatsache, daß wir fast wöchentlich unsre Beiträge erhöhen mußten, ist nicht ohne Einfluß auf die Mitgliederbewegung geblieben. Aber die Tatsache, daß wir im Augenblick die dreifache Zahl der Mitglieder von 1914 mustern können, ist der beste Beweis, daß unsre Bewegung gesund ist. Wer, wie wir, monatelang, im Gegensatz zur kommunistischen Partei, fast keine einzige Versammlung in weiten Gebieten unsres Bezirks abhalten konnten, wer, wie wir, den größten Teil der tätigen Funktionäre durch Ausweisung verlor und dann feststellen kann, daß die Mitglieder ihrer Organisation fast restlos treu blieben, dem braucht um die Zukunft der Organisation nicht bange zu sein. Man braucht mit der

Zahl der Neuaufnahmen.

die in der Berichtszeit 6278 betrug, nicht zufrieden zu sein, aber die Zahl ist doch eine erhebliche, wenn man bedenkt, daß neun Monate lang das Werben für die Partei an vielen Orten unmöglich war, daß sogar die Tatsache, daß man als Funktionär für die Partei und die freien Ge-

wertschaften wirkte, schwere persönliche und wirtschaftliche Folgen zeitigen konnte. Wir sind überzeugt, daß, wenn im Rheinlande wieder volle Versammlungs- und Redefreiheit herrschen wird, auch der Aufstieg der Partei von neuem beginnt. Den besten Beweis dafür liefert uns das Saargebiet, wo ein langsamer aber stetiger Aufstieg der Organisation schon seit Jahr und Tag eingetreten ist. Ein paar Worte zur künftigen Beitragsregelung: Die Stabilisierung der Währung, die wir in der letzten Zeit haben und hoffentlich künftig behalten werden, ermöglicht auch uns wieder eine bessere Kalkulation, als das in der Inflationszeit der Fall war. Wir haben zurzeit einen Beitrag von 0,20 M pro Woche, der darf auch vorläufig nicht weiter abgebaut werden. Wenn bedacht wird, daß wir in der Vorkriegszeit bereits 0,15 M hatten und dann die außerordentlich gestiegenen Anforderungen an die Organisation in der Nachkriegszeit berücksichtigt, dann wird man allseits erkennen, daß dieser Beitrag das geringste ist, was die Partei zur Erfüllung ihrer Aufgaben haben muß. In diesem Beitrag ist eingeschlossen ein Kulturbeitrag in Höhe von zehn Prozent des Beitrages der männlichen Mitglieder, der in der Bezirksausschußsitzung vom 7. April 1923 beschlossen wurde. Im übrigen aber darf an dem Beitrag nicht gerüttelt werden. Im Gegenteil, wir stehen vor schweren Kämpfen, Stadtratswahlen und Reichstagswahlen stehen vor der Tür. Diese Kämpfe werden ungeheure Summen verschlingen. Wenn wir in den kommenden schweren Kämpfen an die Opferwilligkeit unserer Genossen appellieren müssen, so werden sie uns nicht im Stiche lassen. Es gilt, die politische Organisation auszubauen und jederzeit schlagfertig zu machen, damit in den kommenden Kämpfen sich die alte Lösung bewähren wird: Durch Kampf zum Sieg! (Lebh. Beifall.)

Die Aussprache

Schall (Neuntirchen) wünscht Versammlungen von Reichstagsabgeordneten im Saargebiet. Er bespricht den Ausfall der Wahlen im Saargebiet und verlangt intensivere organisatorische Tätigkeit der Parteigenossen in den einzelnen Kreisen, auch auf dem Gebiete der Jugendbewegung, wozu der Bezirksvorstand die nötige Unterstützung leisten müsse. Er appelliert an die Opferfreudigkeit der Genossen, um die Mittel der Organisation zu stärken. Mehr Mittel der Partei statt dem Alkoholkapital. Mit einer Partei, die wie die kommunistische Partei mit Niedertracht und Lüge arbeitet, könne es keine gemeinsame Arbeit geben.

Koblenz (Koblenz) begründet die Anträge des Kreisvereins Koblenz. Er hat mehr Unterstützung des Bezirksvorstandes erwartet. Im Bildungsweisen vermißt er die Unterstützung des Bildungsfekretariats. Gerade Koblenz, was unter der Besetzung und der Separatistenwirtschaft sehr zu leiden hatte, brauche mehr Unterstützung. Die Stelle des Parteifekretärs müsse so bald als möglich wieder besetzt werden.

Bildungsfekretär Schall begrüßt den Antrag Koblenz. Die Partei habe die Aufgabe, bei der Lösung der kulturpolitischen Arbeiten mit tätig zu sein. Leider fehlten die Mittel für diese Aufgabe. Das Bildungsfekretariat habe sich auf die Einrichtung von Büchereien in den Ortsvereinen beschränken müssen. Er hofft,

daß in nächster Zeit für die Bildungsarbeit und Jugendbewegung mehr Mittel bereitgestellt werden. Es sei gelungen, den Ansturm der Kommunisten auf unsere Jugendbewegung abzuschlagen.

Reifferscheidt (Köln) zollt der Arbeit des Bezirksvorstandes Anerkennung. Er bespricht die Lage im Kölner Kreis. In den nächsten Monaten müsse die Aktivität der Genossen und der Funktionäre gesteigert werden. Die Partei sei durch die Verhältnisse zu ihrer Taktik gezwungen worden. Die Partei müsse ihre eignen Wege gehen, Konzessionen nach links seien

für die Partei schädlich.

Es sei unmöglich, die grundsätzliche Politik der Kommunisten mit unsern Grundsätzen zu vereinbaren. Für die Jugendbewegung fordert er mehr Interesse der alten Parteigenossen und für die Bildungsarbeit mehr Mittel.

Frau Berthold (Köln) verlangt mehr Aufmerksamkeit der Genossen für die Frauenorganisation. Die schwere wirtschaftliche Zeit habe nicht so große Erfolge unter den Frauen gebracht.

Wingender (Köln) begründet die Anträge, die sich auf die Arbeiterwohlfahrt beziehen. Die Arbeiterwohlfahrt müsse in immer mehr Orten eingeführt werden und die einzelnen Ortsgruppen mühten in engerem Zusammenhang gebracht werden. Besonders die Frauen seien geeignet, auf diesem Gebiete zu arbeiten.

Hanquet (Köln) beschäftigt sich mit der Beamtenbewegung in der Partei. Er fordert den Anschluß der Parteigenossen, die in öffentlichen Ämtern tätig sind, an die Beamtenbewegung.

Antes (Köln) beschäftigt sich mit dem gewaltigen Kampf der Braunkohlenarbeiter. Er wünscht ein Flugblatt oder eine Broschüre über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Parlamenten, um die Arbeiterschaft über die Arbeiterpolitik der Partei aufzuklären.

Kolb (Bonn) begründet seinen Antrag. Die Arbeit für die Durchführung des Antrages liege nicht zuletzt bei den Parteifunktionären. Zu diesem Zwecke sei es notwendig, daß die Genossen zu einem

treubigen Bekenntnis zu Volk und Staat

gelangen. Ohne dem sei es nicht möglich, die Studenten für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Wahlen zu den Studentenausschüssen in Bonn und Aachen seien Beweise dafür, daß in diesen Kreisen eine Annäherung an die Sozialdemokratie vor sich gehe. Wenn es der Partei durch kluge Politik gelänge — das sei eine besondere Aufgabe der rheinischen Sozialdemokratie —, auch die geistigen Arbeiter für die Partei zu gewinnen und ihre besondere Fähigkeit zu benutzen, dann sei uns um die Zukunft des Sozialismus nicht bange. (Beifall.)

Frau Deibel (Koblenz): Gerade bei den großen Erziehungsaufgaben des Sozialismus bedürfen wir der Mitarbeit der Frau. Wenn man ihre Interessen besonders berücksichtigt, dann wird uns das auch bei der Wahl gute Hilfe leisten.

Rirschmann (Köln) wirbt für die Jugend. Ohne sie kann die Zukunft nicht gewonnen werden. Die heutige Jugend sei heute den sozialen Problemen gegenüber ganz anders eingestellt als früher. Aus den „Spinnereten“ der Jungsozialisten ergibt sich für uns die Lehre, den Menschen von innen heraus mit sozialistischem Geist zu erfüllen.

Die innere Durchgeistigung des Sozialismus ist eine unabweisliche Verpflichtung für uns. Geben wir dem Jung-Proletariat etwas von dieser geistigen Erfüllung!

Heinig (Köln) begründet einen Antrag, der sich gegen die Ver- such der Unternehmer wendet, das durch Reichsgesetz verbotene Trucksystem wieder einzuführen. Der Redner betont, daß man den Genossenschaften viel stärker helfen müsse, als es von zahlreichen Parteigenossen geschehe. Sein Appell an die Solidarität mit der Ver- braucherbewegung findet Beifall.

Das Schlußwort

Miß begrüßt den sachlichen Verlauf der Debatte und geht auf die zahlreichen Einzelfragen ein. Er bittet u. a., den Antrag 2 (Koblenz) anzunehmen, da der Bezirksvorstand diese Forderung für eine Selbst- verständlichkeit ansieht. Er bespricht dann die organisatorischen Pro- bleme und macht eine Anzahl Vorschläge zur Verbesserung des Zu- sammenarbeitens. Er empfiehlt die Unterstützung der Bestrebungen der Arbeiterwohlfaht, die schon unendlich Segensreiches gestiftet habe. Redner beklagt die vielfach auftretende Unsicherheit gegenüber radikalen Schreibern, die, von jeder Verantwortung beschwert, un- klare Gefühlspolitik trieben. Furchtloses Auftreten für seine Ueber- zeugung, wo es nur möglich ist — das werde uns im Wahlkampfe zusammenhalten. Der Glaube an den Sozialismus sei nicht tot, trotz der schweren Enttäuschungen, der furchtbaren Not der Massen. (Leb- hafter Beifall.)

Abstimmung über Anträge und EntschlieBungen

Angenommen werden folgende Anträge:

2. Zum organisatorischen Wiederaufbau der BSWD. im Kreisverband Koblenz verlangt die Kreisversammlung vom Bezirksvorstand die Auf- rechterhaltung des Kreissekretariats in Koblenz. Notwendig ist, daß bis zur Rückkehr des Kreissekretärs eine vollwertige Kraft als stellvertretender Sekretär bestellt wird.

Kreisversammlung des Kreisverbandes Koblenz.

4. Die Konferenz des Kreisverbandes Koblenz vermißt jegliche Tätig- keit des Bildungssekretariats auf dem Gebiete des Bil- dungswesens und der Jugendbewegung. Gerade für die augenblickliche Zeit ist die Bildungsarbeit für die Arbeiterschaft von er- heblicher Bedeutung. Es wird daher erwartet, daß auf dem Bezirks- parteitag ein Bericht des Bildungssekretärs über die bisherige und für die Zukunft vorgesehene Bildungsarbeit erstattet wird. Die Tätigkeit des Bildungssekretärs hat sich gleichmäßig über das ganze Gebiet des Bezirks zu erstrecken.

Kreisversammlung des Kreisverbandes Koblenz.

5. In klarer Erkenntnis der Notwendigkeit, durch Gewinnung des geistigen Proletariats unserer Bewegung neue Kräfte zuzu- führen, macht es der Parteitag allen Bezirksvereinen, insbesondere den Kreisverbänden Bonn, Köln und Aachen zur Pflicht, die mit Erfolg be- gonnene republikanische Erziehungsarbeit im Interesse der Demokrati- sierung der Studentenschaften der drei Rheinischen Hochschulen mit aller Kraft zu fördern.

Walter Kolb, Bonn.

7. Die Parteisekretariate, Kreisvorstände und die Vorstände der Orts- vereine der BSWD. werden verpflichtet, im kommenden Geschäftsjahr an allen Orten, in denen Ortsvereine der BSWD. bestehen, einen Orts-

ausschuß für Arbeiterwohlfaht anzustreben. Die organi- satorische Zusammenfassung in Kreis- und Bezirksausschüsse für Arbeiter- wohlfaht ist vorzunehmen. Die vom Provinzialausschuß herauszugeben- den Richtlinien für die Zusammenfassung und die Tätigkeit dieser Aus- schüsse sind dabei zu beachten.

Wingender und Genossen.

8. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Arbeiterwohlfaht zu fördern und nach Kräften zu unterstützen, da diese für die Mitglieder der BSWD. als alleinige Proletarier-Wohlfahtsorganisation in Frage kommt.

Wingender und Genossen.

8a. Um die Tätigkeit der Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfaht durch den Austausch von Erfahrungen zu befruchten und ein Zusammenarbeiten der einzelnen Ortsausschüsse untereinander herbeizuführen, wird das Bezirks- sekretariat beauftragt, baldigst eine Bezirkskonferenz für Arbeiterwohlfaht einzuberufen. Die Kosten für die Delegation tragen die Ortsausschüsse.

Ortsausschuß für Arbeiterwohlfaht Köln.

9. Die Kreisversammlung des Kreisverbandes Köln ersucht den Bezirkspartei- tag, dafür Sorge zu tragen, daß im kommenden Wahlkampfe die Agitation auf dem Lande besonders berücksichtigt und Material für die Bodenpolitik der Sozialdemokratie reichlich gegeben wird.

10. Der Bezirksparteitag erhebt Einspruch gegen die bisherige Art des Beamtenabbaues. Dem Personalabbau muß eine Verwaltungsreform mit dem Ziele der Vereinfachung und Verbilligung vorangehen. Ferner fordert der Bezirksparteitag eine stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ver- hältnisse bei der Vornahme der Ründigungen. Die Fraktionen im Reichs- tag, in den Landtagen und in den Kommunalvertretungen fordern der Bezirksparteitag auf, ihr Augenmerk darauf zu lenken, daß nicht die schwachen Ansätze einer Demokratisierung und Republikanisierung des Ver- waltungskörpers unter dem Vorwande des Beamtenabbaues wieder be- seitigt werden.

Der Bezirksparteitag fordert die umgehende Verabschiedung des Beamtenrätegesetzes, um endlich dem Zustande ein Ende zu bereiten, daß die Beamten als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden. In allen Fragen, die persönliche Dienstverhältnisse und nicht Staatsangelegenheiten betreffen, ist das Mitbestimmungsrecht festzusetzen.

Der Bezirksparteitag fordert die baldige Erhöhung der Grundgehälter für die Beamten und Angestellten der öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die notwendigen Mittel sind durch schärfste Anspannung der Besitzsteuern zu beschaffen.

Hanquet und Genossen.

12. Der Bezirksparteitag möge den Parteivorstand ersuchen, eine kleine populäre Schrift für die Funktionäre herauszugeben, die es ermöglicht, auch jedem einzelnen über die Wirtschaftskrise, deren Ursache und Wir- kungen und die Lösung im sozialistischen Sinne, zur Hand zu geben.

Dohr.

13. Die allgemeine Not und Arbeitslosigkeit ausnützend, versucht das wieder stark gewordene Kapital die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne mit allen Mitteln herunterzudrücken. Zu diesem Zwecke wird von ihm neuerdings das durch Reichsgesetz verbotene und von der Partei immer, bekämpfte Trucksystem angewandt. Man bezahlt die Arbeiter mit Lebens- mitteln oder Bons und verpflichtet sie, dieselben gegen Ware in bestimmten Geschäften abzunehmen. Der Bezirksparteitag fordert die Parteigenossen auf, diese Machenschaften auf das schärfste zu bekämpfen und mit allen Mitteln den Ausbau der bestehenden Konsumgenossenschaften zu unter- stützen.

Heinig und Genossen.

14. Die Revisoren haben Kasse und Belege geprüft und alles in bester Ordnung gefunden. Sie beantragen daher dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Schulabbau

Der Bezirksparteitag erhebt entschieden Einspruch gegen den geplanten Schulabbau, der mit besonderer Schärfe die von mehr als 90 Prozent unserer Schuljugend besuchte Volksschule und ihre Lehrerschaft trifft. Er bestreitet, daß die wirtschaftliche Entwicklung die staatlichen Behörden zu diesem Vorgehen gezwungen hat und unterstreicht die von den sächsischen Lehrern auf der vorjährigen Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins vorgeschlagene und einstimmig angenommene Entschliebung, die von einer gerechten Wirtschafts- und Steuerpolitik des Reiches die Sicherung der notwendigsten Kulturarbeiten, insbesondere auf dem Gebiete der Volksbildung und Jugenderziehung erwartet.

Der Parteitag ist der Ueberzeugung, daß nur eine durchaus volksfeindliche Politik wirtschaftliche Ersparnisse auf Kosten der allgemeinen Volksbildung, der Volksgesundheit und der Volksmoral erstreben kann. Darum legt der Parteitag Verwahrung ein gegen die durch die Staatsregierung künstlich herbeigeführte Aufhebung des § 43 des Volksschullehrerdienstentkommengesetz, wodurch den Städten die Möglichkeit genommen wird, ihre volksschulfreundliche Politik durch Herabminderung der Klassendurchschnittsfrequenzen unter die Zahl 60 fortzusetzen.

Mit allem Nachdruck protestiert der Parteitag gegen die Schulpolitik des preussischen Unterrichtsministers Bötz, der öffentlich kundgegeben hat, daß eine Einengung der Lebensmöglichkeiten der höhern Schulen an der Grenze des Erträglichen angelangt sei, während auf dem Gebiete des Volksschulwesens beträchtliche Ersparnisse gemacht werden könnten. Insbesondere wehrt der Parteitag sich gegen die von der gegenwärtigen Regierung geduldeten, von den bestehenden Kreisen aufs eifrigste betriebene Unterhöhlung der Grundschule, deren gesetzliche Festlegung durch das Reichsgesetz vom 28. April 1920 eine Erlösung unserer Volksschule aus dem Zustand ihrer bisherigen Armut und Verachtung herbeiführen sollte.

In alledem sieht der Parteitag eine Zerstörung der segensreichen Wirksamkeit des ehemaligen Unterrichtsministers Hänisch und fordert, daß durch einen Wechsel in der Besetzung der Ministerstelle für das Unterrichtswesen in Preußen eine Volksbildungs- und Jugenderziehungspolitik gewährleistet wird, die für die notleidenden Massen unseres Volkes Erlösung und Aufstieg bedeutet.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer.

Zurückgezogen wurden der Antrag Nr. 1 Wingender und Genossen, der in den Parteibeiträgen drei Goldpfennige wöchentlich als Mitgliedsbeitrag für die Arbeiterwohlfahrt festgesetzt wissen will, und die Resolution der Konferenz des Kreisverbandes Bonn-Rheinbach-Euskirchen, der sich gegen den Beschluß des Parteiaussschusses vom 27. November 1923 wendet.

Abends 8 Uhr wird der Parteitag auf Sonntagvormittag 9 Uhr vertagt.

Köln, 17. Februar.

2. Verhandlungstag

Am Sonntagvormittag kurz nach 9 Uhr werden die Verhandlungen vom Vorsitzenden Schäfer eröffnet. Zunächst spricht

Meerfeld über die Rheinlandfrage

Abgeordneter Meerfeld führt in seinem Vortrage etwa folgendes aus: Eine Rheinlandfrage im innerdeutschen Sinne gibt es nicht, denn für uns deutsche Rheinländer muß zurzeit die Frage der Neugliederung des Reiches ruhen. Dagegen dürfen wir nicht verkennen, daß sie außenpolitisch existiert und zu einer Frage der großen internationalen Politik geworden ist. Ich habe das erst dieser Tage wieder in London feststellen müssen. Frankreich sucht sein Ziel, den Rhein militärisch und politisch zur Grenze zu machen, nun auf Umwegen zu erreichen, und zwar durch die separatistische Bewegung, durch politisch-wirtschaftliche Maßnahmen im besetzten Gebiet, und durch planmäßige Bearbeitung des Auslandes.

Völlige Klarheit um die Kampfziele Frankreichs

tut uns not, Frankreichs Ziele aber erkennen, heißt sie bekämpfen. Seit Richelieu und Napoleon I. ist der Drang Frankreichs zum Rheine unverändert geblieben; wir aber haben auszusprechen und sprechen es heute besonders freudig aus: das rheinische Volk ist deutsch und das Rheinland will bei Deutschland bleiben. Der französische Eroberungsdrang könnte sich nur durchsetzen unter Bergewaltigung des Rheinlandes, unter Zertretung seiner Selbstbestimmung und zugleich durch eine Belebung des Revanchegedankens im deutschen Volke. Die Forderung nationaler Selbstbestimmung hat den Weltkrieg beherrscht, sie ist zur politischen Grundforderung geworden, und das Nationalgefühl ist heute ein starker politischer Faktor. Kein Volk oder Volksteil erträgt auf die Dauer nationale Bergewaltigung. Frankreich aber wollte trotz alledem die Rheingrenze haben. Heute, nachdem der Separatismus als erledigt gelten kann, sucht Frankreich auf dem Wege der Bearbeitung des Auslandes sein Ziel zu erreichen, und zwar unter Hervorhebung der Sicherheitsfrage. Es besteht

ein absoluter Gegensatz

zwischen dem machtpolitischen, militärischen Denken und dem demokratischen Bewußtsein der Völker. Ueber diesen Gegensatz müssen wir uns klar sein, und um den Kampf dieser zwei grundföhllich verschiedenen Anschauungen handelt es sich jetzt im Rheinlande. Die separatistische Bewegung war nur eine Gefahr, weil die französisch-belgischen Bajonette hinter ihr standen. Das rheinische Volk hat hier unzweideutig sein Urteil gesprochen. Am wenigsten erträgt der Rheinländer, der mit einem gesunden Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist, den Druck fremder Bajonette und den Terror fremden Gesindels. Der Kampf hat übergenuß Opfer gekostet. Wir ehren die Toten dieses Kampfes, die für die Freiheit gefallen sind; wir sprechen die wärmste Sympathie allen übrigen Opfern aus, darunter nicht zum mindesten den Ausgewiesenen, und auch dieser Parteitag erkennt die Pflicht an, all dieser Opfer ehrend zu gedenken. Wenn der Volkszorn, wie es soeben wieder in der Pfalz geschehen ist, gelegentlich überschäumt und Gewalt gegen Gewalt setzt, so sollen wir uns hüten, den Stab darüber zu brechen.

Der Separatismus war Frankreichs falsche Rechnung.

Die Herren Poincaré und Tirard scheinen eingesehen zu haben, daß mit Terror und Gesindel im Rheinlande keine politischen Ziele zu

erreichen sind. Man hat die Separatisten fallen gelassen und versucht, heute mit andern Mitteln den Weg zu bahnen. Wir erleben zurzeit die sogenannten Aristo-Separatisten, noch mehr aber eine Bewegung unter den Männern der Wirtschaft, die ja stets mangelhafte Politiker gewesen sind und die die Sorge um das Geschäft den Sinn für große politische Zusammenhänge verlieren läßt. Eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ist zwar durchaus erstrebenswert, denn sie kann friedensfördernd wirken und der Versöhnung der beiden Völker vorarbeiten, aber hier drohen zugleich politische Gefahren auf Seiten der französischen Machtpolitiker, und wir haben die Pflicht, mißtrauisch zu sein und Wache zu halten. Zum Separatismus noch ein Wort. Von Anfang an gliederte er sich in zwei Richtungen, wovon die eine den völlig autonomen Staat und die andre angeblich

den Bundesstaat im Rahmen des Reiches

fordert. Die Autonomie war von vornherein Frankreichs Ziel und wurde auch von dem Präsidenten der Rheinlandkommission angestrebt. Außer den wenigen Subjekten, die von fremdem Gelde ausgehalten wurden, haben sich wohl nur wenige Deutsche dieser Bewegung angeschlossen. Mehr Anhänger hat dagegen die Forderung der Errichtung eines besondern Bundesstaates gefunden, und eine Bundesstaat erstrebt ja scheinbar zurzeit auch Frankreich. Die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Frage muß ebenfalls klar und unzweideutig sein. Wir müssen es sehr entschieden aussprechen, daß die Errichtung eines Bundesstaates eine durchaus inndeutsche Angelegenheit ist und den legalen Weg über Artikel 18 der Reichsverfassung zu gehen hat. Zurzeit aber hat die Diskussion darüber überhaupt zu schweigen, weil sie außenpolitisch vergiftet wird und zugleich die Gefahr besteht, daß damit zugleich die Selbständigkeitsbewegung in Bayern, Ostpreußen, Hannover usw. starken Antrieb erhalten würde. Mit der

Frage der Sicherungen

sind wir bereit, uns allen Ernstes zu beschäftigen, obgleich wir die Begründung Frankreichs, daß es sich gegen neue Kriege schützen müsse, für übertrieben halten. Wir müssen uns aber damit befassen, weil das gesamte Ausland, wie ich eben auch in London wieder habe feststellen müssen, sich stark dafür interessiert und hier die Möglichkeit einer Entspannung sieht. Die Sozialdemokratie hat dazu zu erklären, daß sie zu jedem Entgegenkommen bereit ist, das die Souveränität des Reiches nicht antastet. Das Rheinland muß seine Freiheit behalten, es muß im Rahmen des Reiches bleiben und unverbrüchlich mit dem Deutschen Reich für alle Zeit verbunden sein. Und Herrn Poincaré haben wir zu entgegnen, daß die Rheinlandfrage keine bloße Angelegenheit der Rheinländer, sondern des gesamten deutschen Volkes ist und sie nur behandelt werden darf zwischen den Zentralstellen Paris und Berlin. Den Rheinländern aber und auch einigen unserer wankelmütig gewordenen Parteifreunden im Rheinlande müssen wir sagen:

nicht die Nerven verlieren.

Der Bundesstaat, wie ihn die Reichsverfassung gestattet, würde uns keine Erleichterung bringen; der Staat aber, wie ihn Frankreich erstrebt, ist von uns an der Schwelle abzuweisen. Und auch unsere Parteifreunde im Rheinlande müssen sich klar darüber sein, daß solche Dinge nicht vom persönlichen oder engen provinziellen Gesichtspunkte aus beurteilt werden dürfen, sondern daß hier Entscheidungen der großen internationalen Politik getroffen werden müssen, und zwar Entscheidungen auf Jahrhunderte hinaus. Nach Berlin aber haben wir von dieser Stelle aus eine sehr ernste Mahnung zu richten. Ein Teil der Regierungsmänner spielt mit dem Gedanken einer vorübergehenden Preisgabe des besetzten Gebietes, ein überaus gefährliches Spiel, denn hinter dieser Preisgabe steckt für jeden, der sehen kann, der dauernde Verlust der Rheingebiete. Alle schönen Reden dieser Männer über Opferbereitschaft und dergleichen sind sinnlos, wenn nicht die entsprechenden Lasten dahinterstehen, und so wenig wir die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsregierung verkennen, so sehr müssen wir von ihr die Einsicht verlangen, daß

hoch über jeder Finanzpolitik die große nationale Forderung der Erhaltung des Rheinlandes beim Reiche

stehen muß und daß dafür die größten Opfer nicht zu groß erscheinen dürfen. Aber zum Schluß appelliere ich nochmals an die politische Einsicht, an das Verantwortlichkeitsgefühl und an den starken geschichtlichen Sinn der Rheinländer. Seien wir uns bewußt, daß hier Entscheidungen von allergrößter Tragweite getroffen werden, und daß sie nur getroffen werden dürfen unter dem Wahlspruch: Der Rhein ist deutsch und das Rheinland muß beim Deutschen Reich bleiben! (Stürmischer Beifall.)

Hierauf folgt der Vortrag des Genossen

Sollmann über die Reichstagswahlen:

Die Wahl zum Deutschen Reichstage ist uns ein Kampf um die Staatsgewalt in der Deutschen Republik. In jahrzehntelanger Arbeit hat sich das arbeitende Volk in der Sozialdemokratie ein Instrument geschaffen, mit dem die Massen größtmöglichen Einfluß auf das Parlament, auf die Regierung, auf die Verwaltung gewinnen wollen. Das Wollen unsrer Politik ist, den redlich schaffenden Massen mehr Anteil an den Glücksmöglichkeiten dieser Erde zu erkämpfen. Schrittweise dringen wir zu sozialistischen Zielen vor, suchen wir das allgemeine Beste in einem Zustande der ideellen und materiellen Freiheit aller Menschen, in einer Organisationsform der Wirtschaft, die bei möglichst geringem Arbeitsaufwande eine möglichst weitgehende Befriedigung aller menschlichen Bedürfnisse zuläßt. Die Sehnsucht nach diesem Ziele lebt in den unfreien Massen.

Politik aber ist nicht Gefühl,

sondern ein Bewußtseinsvorgang. Darum leisten wir politische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, suchen wir die Massen zum Denken über Staat und Gesellschaft, über Wirtschaft und Kultur zu bringen, suchen eine Partei einigen, festen Wollens zu schaffen. Das ist unendlich schwer. Unsrer Gehirne arbeiten verschieden, unsre

Herzen pussen nicht in einem Schlage. Darum sehen wir, daß selbst in einer Partei, wie der Sozialdemokratie, die in ihren Zielen so einig, in der Klassenlage ihrer Mitglieder vergleichsweise so einheitlich ist, die aller verschiedensten Urteile über politische Vorgänge und ihre Auswirkungen entstehen. Uralte Weisheit spricht aus einem Wort von Gerhart Hauptmann:

Was trennt, ist Irrtum, Irrtum, der allein den Haß entfesselt, ist Unwissenheit, ist nackte Not des Hungers, nicht, was Göttliches im Menschen wohnt.

In dem Maße, wie wir diese Wahrheit zu erkennen und ihr nachzuleben vermögen, zeigt sich unsre Reife oder Unreife. Wir müssen lernen, Geringes zu übersehen und durch Großes unsre Seelen entkommen zu lassen. — Ich sagte, die Wahl ist uns ein Kampf um die Staatsgewalt. Stampfer nennt den Staat auf einem bestimmten Gebiete organisierte, mit unmittelbarer Zwangsgewalt ausgestattete Gemeinwesen. Wir verneinen den Staat als ein Mittel der Herrschaft über unterdrückte Klassen. Wir bejahen den Staat als

ein Mittel zur Befreiung der unterdrückten Klasse.

Daraufhin haben wir den jetzigen deutschen Staatskörper zu untersuchen. Die im Erfurter Programm geforderten politischen Rechte sind noch immer in der Deutschen Republik dem Volke nahezu im vollen Maße zugeteilt.

Es fehlt uns nicht an Rechten, sondern an einem Volke, das diese Rechte zu gebrauchen weiß.

Es fehlt nicht die Republik, sondern es mangelt an Republikanern. Es fehlt nicht die Demokratie, sondern an ihrem Geiste und an Demokraten.

Es fehlt überall nicht an Möglichkeiten, zu sozialem Handeln, aber es fehlt an sozialem Empfinden und sozialem Tun.

Es hieße, fünfzig Jahre sozialdemokratischer Agitation als kläglich vertan einschätzen; es hieße, das Erfurter Programm als eine Arbeit politischer Kinder verspotten, es hieße, Namen wie Lassalle und Bebel, Auer und Bollmar von der Ehrentafel unsrer Großen streichen, wenn die Demokratie für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse nichts mehr bedeutete in dem Augenblick, wo sie endlich, endlich nach unerhörten Opfern zweier Generationen erreicht worden ist. Statt den größten politischen Fortschritt in der deutschen Geschichte, den Massen zu verkleinern und zu verhutzen, müssen wir sie lehren, diesen Erfolg als einen mächtigen Hebel zu neuen Fortschritten zu gebrauchen. Die deutschen Massen haben nur die Wahl:

vorwärts und aufwärts mit der Demokratie und durch die Demokratie

oder rückwärts zu Verfassungsformen der Vorkriegszeit. Allzu viele haben leider Dreiklassenwahlrecht, öffentliche und indirekte Abstimmung, Hausbesitzerprivileg, Herrenhaus und andre preußisch-deutsche Erinnerungen ganz vergessen. Lassen Sie sich nicht benebeln von Schlagworten wie Diktatur des Proletariats. Ein Proletariat, das den Stimmzettel nicht zu nützen weiß, wird eine Diktatur erst recht weder ausnützen noch zu behaupten wissen. Nahezu die ganzen wirtschaftlich noch herrschenden Schichten sind gegen den re-

publikanisch-demokratischen Staat. Er ist verloren, wenn wir ihn nicht schützen. Die Massen sind unzufrieden mit diesem gewiß noch unvollkommenen Staatswesen, weil sie von ihm etwas fordern, was der heutige Staat im heutigen Deutschland unmöglich geben kann: das Recht auf menschenwürdige Existenz. Auch eine Diktatur würde das nicht vermögen. Nicht Demokratie oder Diktatur ist das Verlangen großer Massen, sie wollen Wohnung, Brot, Fleisch, Mehl, Eier, Kleidung; sie wollen Sättigung. Diese Wirtschaftsgüter kann aber weder ein demokratisches Parlament noch ein Sowjet durch Beschlüsse und Dekrete herbeizaubern. (Zustimmung.) Der Kapitalismus ist im Prinzip staatsfeindlich, soweit er den Staat nicht zum Schutze der Profitgeschäfte braucht. Der Kapitalismus will keine staatlichen Eingriffe in seine „freie Wirtschaft“. Wir aber müssen gerade wollen, daß die Staatsgewalt, beherrscht vom Volke,

eine mächtige Barriere gegen die Despotie der kapitalistischen Wirtschaftskräfte

werde. Die deutschen Kapitalisten haben in diesen fünf Jahren alles getan und viel erreicht, um den Staat zu schwächen. Lege sich jeder von uns still die Frage vor, ob wir immer alles getan haben, um diesem von allen kapitalistischen Schichten bekämpften Staat zu helfen. Wir haben wohl die Möglichkeit und unter Umständen die Pflicht, zur Opposition gegen eine bestimmte Regierung, aber können nicht zu diesem Staate in grundsätzlicher Opposition stehen. (Zustimmung.) Wenn wir den Willen des Staats dahin lenken wollen, daß er die Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach unserm Sinne ändern soll, dürfen wir den Staatswillen auch nicht leicht hindern und ändern überlassen. Aus dieser Erwägung und aus ihr allein entspringt der Gedanke der Koalitionspolitik. Wir wollten wenigstens unsern vollen Anteil an der Staatsgewalt erlangen, solange uns das Volk nicht den ganzen Staat überträgt. Dieser Anteil bemißt sich nach der politischen Geschlossenheit unsrer Partei und der ökonomischen Macht, die sie repräsentiert. In zweiter Linie erst nach der Geschicklichkeit der Führer. Auch der beste Parteiführer wird behindert, wenn große Teile der Partei täglich erklären, daß sie kein Vertrauen mehr zu ihm haben; auch der eifrigste Minister arbeitet fruchtlos, wenn große Teile seiner Partei täglich den Begehren ins Ohr brüllen, daß sie oar keine sozialistischen Minister wollen, und alle radikalen Resolutionen helfen wenig, wenn die ökonomische Entwicklung eine Machtverschiebung zumgunsten des Proletariats herbeiführt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben niemals allein unsern Willen durchsetzen können, denn es stehen in diesem Reichstage den 190 Sozialisten und Kommunisten 269 büroerliche Abgeordnete gegenüber. Immer wieder standen wir vor der Frage, ob es für das arbeitende Volk besser ist, die Regierung allein den Bürgerlichen zu überlassen oder mit auf dem Führerstand der Staatslokomotive zu stehen. Ich glaube, daß es für das Volk im allgemeinen besser ist, wenn die Sozialdemokratie auch in der Regierung ihren Einfluß geltend machen kann. (Lebhaftes Sehr richtig!) Vergessen wir doch nicht den:

wichtigen Faktor der Staatsverwaltung.

Sie bereitet die Befehle vor; sie führt sie aus. Die Verwaltung hat eine gewaltige Macht gegenüber der Volksvertretung. Eine De-

mokratifizierung der Verwaltung wäre aber ganz unmöglich, wenn wir so geschwächt würden, daß man uns leicht in eine dauernde Oppositionsstellung manövrieren könnte. Das Ziel der Reichstagswahlen muß für jeden Sozialisten und Republikaner sein: Ein Millionenheer von Sozialdemokraten, eine starke sozialistische Reichstagsfraktion, gegen die und möglichst ohne die im Reiche nicht regiert werden kann. (Lebhafter Beifall.) Man gewöhne sich doch ab, Genossen, die solche Anschauung vertreten, des mangelnden Radikalismus zu zeihen. Radikal ist immer der in seinem ganzen Wesen sozialistische Mensch, radikal ist nie der lärmende schwadronierende Spießer. (Beifall.) Sozialismus setzt ein hohes Maß gemeinnütziges Denken für Mann und Frau voraus. Dazu wird die Masse aber erst mit der Demokratie geschult werden können, weil sie allein der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung erst Gelegenheit gibt, an der Bildung des Staatswillens teilzunehmen. Auf dem langen Entwicklungswege zu einem wirklichen Sozialismus kann die vorbereitende und erzieherische Entwicklungsstufe der Demokratie nicht übersprungen werden. (Zustimmung.) In dem großen Ringen zwischen Trustsgewalt und Staatsgewalt haben die Massen an die Seite des Staates zu treten und sich zu mühen, den Staat für sich zu erobern. Die Rammkapitalisten als Herren eines großen Teils des Nationalvermögens, als Gebieter über Millionen Menschen, über hunderte Zeitungen und über wichtige Teile der Wissenschaft suchen ihre ökonomische Ueberlegenheit als eine Diktatur über die gesamte Wirtschaft und den Staat zu stabilisieren. Diese Gefahr gilt es, in den grellsten Farben den Massen auszumalen. Niemals konnten wir leichter und deutlicher dem Volke, insbesondere auch den geistigen Arbeitern, klarmachen, was der

Klassenkampf in seinem tiefsten Wesen

ist: die Auflehnung der menschlichen Persönlichkeit gegen die Despotie des Eigentums. Aller kommunistische Terror, alle gelegentlichen Gewalttaten von Arbeitern in den Wirtschaftskämpfen sind ein harmloses Kinderspiel gegen die geräuschlose, aber furchtbare, hunderttausende Existenzen halb vernichtende, Geist und Sittlichkeit zerstörende wirtschaftliche Gewaltherrschaft der großen nationalen und internationalen Konzerne. (Lebhafter Beifall.) Alle Plünderungen dieser aufgeregten Jahre zusammengenommen sind eine lächerliche Lappalie gegenüber den riesenhaften Plünderungen, die einige hundert deutscher und internationaler Kapitalisten an den Vermögensbeständen des Staates, des Mittelstandes und der Arbeiter vorgenommen haben. (Stürmische Zustimmung.) Diese nicht durch „sozialistische Mikrowirtschaft“, wie die kapitalistische Presse lügt, sondern allein durch nationale und internationale kapitalistische Räuber gegen unsern Widerstand ausgeplünderten Massen zu einer Lawine gegenüber der kapitalistischen Raubwirtschaft in Bewegung zu setzen, das allein muß in jeder Stunde des Wahlkampfes unser leidenschaftlicher, nie erlahmender Wille sein. (Beifall.) Schaffen wir ein Aktionsprogramm für die nächsten Ziele, und dann lasse ich nur noch einen „Ismus“ gelten, den höchsten Aktivismus gegen den Feind. (Zustimmung.) Wer ist schuld, daß wir auf wichtigen Ge-

bieten parlamentarisch so Unbefriedigendes erreichten? Das rücksichtslos wahrgenommene Klasseninteresse der Kapitalisten, ihr brutaler Klassenkampf, der mehr und mehr ökonomisch und politisch übermächtig wurde, weil Millionen Hand- und Kopfarbeiter von der kapitalistischen Presse und von kommunistischen Schreibern sich einreden ließen, Revolution und Sozialdemokratie seien schuld an der Not des Volkes, wo die Riesenschuld der kapitalistischen Profitinstinkte sonnenklar am Tage liegt. Kapitalistischer Klassenegoismus hat jahrelang die Erfüllungspolitik sabotiert und dem deutschen Volke vorgelogen, durch Winkelzüge und aktiven Widerstand könnten wir uns von dem Versailler Gewaltfrieden befreien. Der „Erfolg“ dieser Politik war erst die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg und dann die des Ruhrgebietes, für die die rein bürgerliche Regierung verantwortlich ist. Der „Erfolg“ dieser Politik war

die höchste Gefährdung der Rheinlande,

zu dessen Rettung die Sozialdemokratie mehr nationale Arbeit geleistet hat als alle die, die uns Jahrzehnte „vaterlandslose Gesellen“ gescholten haben. (Lebhafter Beifall.)

Kapitalistischer Klassenegoismus hat die Steuern sabotiert und unsre Währung, freilich unter Mitwirkung Poincarés, ruiniert. Unsre Kapitalisten haben patriotisch geredet, aber nie patriotisch bezahlt! (Zustimmung.) In der höchsten Not des Landes haben sie dem Reiche durch die Sabotage der Dollarschaff-anleihe die finanzielle Rüstung verweigert. Sie haben den Staat beraubt und sich bereichert. Kapitalistisches Klasseninteresse wütet gegen Sozialpolitik und Achttundentag. Die Arbeiterklasse hat sich nie geweigert, volkswirtschaftlich wirklich notwendige Mehrarbeit in freier Vereinbarung und gegen angemessene Bezahlung zu leisten. Der Kampf gegen den Achttundentag hat die deutsche Produktion mehr gestört und wird sie noch mehr stören als in einem Jahre Arbeit wieder nachgeholt werden kann. (Zustimmung.) Wir wehren uns dagegen, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte allein auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger wiederherstellen zu lassen. Die deutschen Massen sollen sich nun entscheiden, ob sie endlich mit den Politikern kapitalistischer Bereicherung und nationalistischer Borniertheit brechen wollen. Man redet immer davon, schlimmer könne nicht regiert werden, auch wenn keine sozialistischen Minister im Kabinett sitzen. Seit drei Monaten erleben die Arbeiter, Angestellten, Beamten, was in solchen Zeiten eine rein bürgerliche Regierung bedeutet. (Zustimmung.) Wir verlangen, daß mit größter Beschleunigung das Volk zu den Wahlen aufgerufen wird. Wir lehnen jede Verantwortung für die Reichspolitik dieses Winters ab. Wir sind weder die Väter, noch die Freunde des Ermächtigungsgesetzes. Wir haben ihm aus rein taktischen Erwägungen zugestimmt, weil die Gefahr noch größer gewesen wäre, wenn die Bestimmungen bei auflöstem Parlament auf Grund des Artikels 48 (Militärischer Ausnahmezustand) erschienen wären.

Niemand kann uns für die Verordnungen verantwortlich machen, die wir im Ueberwachungsausschuß mit Entschiedenheit bekämpft haben.

Was ist denn aber auf Grund der beiden Ermächtigungsgesetze geschehen?

Das erste Ermächtigungsgesetz, an dessen Ausführung wir noch mitwirkten, brachte die Rentenbank durch Verordnung vom 15. Oktober. Unter unsrer Mitwirkung ist die vorläufige Marktstabilisierung erreicht. Die Deutschnationalen haben kein Recht, sich dafür Lorbeer an den Hut zu stecken. Die Roggenrentenbank Helfferichs wurde in dem Kabinett als unbrauchbar auch von den volksparteilichen Ministern verworfen. Die Personalabbauverordnung erfolgte auf Grund des ersten Ermächtigungsgesetzes. Wir haben im Kabinett alle die Bestimmungen bekämpft, die sich jetzt so unheilvoll auswirken. Obwohl ich Beamtenminister war, habe ich abgelehnt, meinen Namen unter eine solche Verordnung zu setzen. Unsre Fraktion hat aber auch die Aufhebung der Personalabbauverordnung beantragt, kann also nicht für diese Art Abbau verantwortlich gemacht werden. Noch mit unsrer Mitwirkung kam eine Verordnung gegen die Monopolpreise der Kartelle und zum Schutze kleinerer und mittlerer Unternehmungen zustande.

Unter dem zweiten Ermächtigungsgesetz, als wir nicht mehr mitregierten, kam die Revision der Beamtenbefoldung. Wir haben die Aussetzung dieser Verordnung bis zum Eingang der Besitzsteuervorlagen verlangt, weil wir glaubten, dann vielleicht den Beamten mehr geben zu können. (Hört, hört!) Wir haben im Ueberwachungsausschuß versucht, der Abbauverordnung die schlimmsten Uebel auszuberechnen, aber die bürgerlichen Parteien stimmten uns nieder. Immerhin konnten wir erreichen, daß nicht mehr die Entlassung aller Angestellten vorgeschrieben wird, auch erreichten wir, daß den Arbeitern, wie den Beamten und Angestellten, eine Abfindung nach der Länge der Dienstzeit gewährt wird.

In der Frage der Arbeitszeit

darf nicht vergessen werden, daß nach Ablauf der Demobilisierungsvorschriften seit dem 17. November vorigen Jahres für die erwachsenen männlichen Arbeiter eine Beschränkung in der Arbeitszeit gar nicht vorhanden war. Es gab seitdem keinen gesetzlichen Achtstundentag mehr. Darum haben wir am 22. November beantragt, die Demobilisierungsvorschriften wieder in Kraft zu setzen, das wurde von allen bürgerlichen Parteien, auch den Arbeitervertretern des Zentrums und der Demokraten, abgelehnt. Als die Verordnung da war, haben wir, um wenigstens Zehn- und Zwölfstundenschichten zu vermeiden, beantragt, daß für gesundheitsschädliche Betriebe, insbesondere dem Bergbau, der Neunstundentag die höchste Grenze bilden. Wäre das angenommen worden, hätten wir den Streik im Braunkohlenggebiet und den unglücklichen Schiedsspruch Mehlhans nicht bekommen. Vergessen wir aber bei aller Kritik an der Arbeitszeitverordnung nicht, daß auch dieser den Unternehmern noch zu viel ist, daß sie jede Arbeitszeitbeschränkung und damit das ganze Schlichtungswesen und die Tarifpolitik beseitigen möchten.

Bei der zweiten Steuernotverordnung haben wir die Erhöhung der Abschlußzahlungen für die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer beantragt, ferner die Verschärfung der Vermögens-

steuer und der Erbschaftssteuer, und haben uns gegen die Beseitigung der Betriebssteuern und Landabgabe gewehrt. Zum Schutze der Lohn- und Gehaltsempfänger haben wir die Erhöhung der Freigrenze von 12 auf 20 M die Woche beantragt. Wir haben die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent bekämpft. Alle wichtigern Anträge wurden von den Bürgerlichen abgelehnt. Nur die Verdoppelung der Kraftfahrzeugsteuer konnten wir erreichen. Sagen Sie das den Wählern, anstatt über das Ermächtigungsgesetz zu philosophieren. An den politisch-parlamentarischen Machtverhältnissen hat doch das Ermächtigungsgesetz gar nichts geändert. (Sehr richtig!) Den Gipfel der bürgerlichen Steuerpolitik bildet die dritte Steuernotverordnung. Die 15prozentige Aufwertung der Vermögensanlagen scheint mir noch recht problematisch zu sein. Die zweiprozentige Inflationssteuer ist ganz und gar ungenügend.

Die Mietzinssteuer ist die unsozialste Steuer.

Auch wir wußten, daß die Mieten zu niedrig sind. Auch wir wollten zur Erhaltung des vorhandenen Wohnraumes alles tun, darüber hinaus aber wollten wir die Erhöhung der Mieten dem gemeinnützigen Wohnungsbau zuführen. Das ist nun zerfallen. Es ist unbegreiflich, wie der Reichsfinanzminister, wenn die „Kölnische Zeitung“ recht berichtet, die Mietzinssteuer als die einzige zurzeit erschließbare Steuerquelle bezeichnen kann. Es ist unbegreiflich, wie er von einer geradezu ungeheuren Belastung des Kapitals sprechen mag, wo jedes Kind weiß, daß die Kapitalisten jahrelang fast keine Steuern bezahlt haben. Wir werden den Massen unsre Forderungen vorlegen, die wir gegen die bürgerliche Uebermacht nicht verwirklichen konnten. Wir werden aber auch die „olympischen Urfeuer“ unsrer Bewegung entfachen. Nieder mit dem Marxismus! rufen die Bürgerlichen, und sie meinen damit: Nieder mit der Arbeiterklasse! (Zustimmung.)

Gehen wir zum Angriff über:

Marg gegen das Kapital!

Der größte ökonomische Denker eines Jahrtausends gegen die Sklaverei im 20. Jahrhundert.

Der weit in die Zukunft schauende und strebende sozialistische Geist gegen die rassenden, raubenden, plündernden, mordenden, barbarischen Instinkte der kapitalistischen Gegenwart.

Marg hat in Einzelheiten geirrt, aber vor unsern Augen vollzieht sich die ökonomische Entwicklung nach den von ihm aufgezeichneten Gesetzen:

Konzentration der Kapitalmacht in den Händen weniger;

Zermürbung des Mittelstandes und Proletarisierung immer breiterer Schichten;

Absatzkrisen bei Ueberproduktion und Unterkonsum infolge der internationalen Anarchie des Kapitalismus;

Materialistische Geschichtsauffassung: die vor unsern Augen erschütternd sich zeigenden unüberwindlichen Einflüsse des ökonomischen Zustandes der Gesellschaft auf Geist und Moral.

Die edelsten Predigten verhalten fast wirkungslos vor den rohen materiellen Instinkten, die dieses kriegerisch-kapitalistische Zeitalter ins Ungemessene gesteigert hat.

Klassenkampf!

Auch wenn wir von ihm schweigen wollten, schrie das Wort der ungehemmte, brutale Klassenkampf der Kapitalisten täglich in die Massen und klärte sie, sich wie die Kapitalisten, ohne Rücksicht auf den Tauffchein, zusammenzuschließen.

Treten wir so vor das deutsche Volk, einig, geschlossen und entschlossen! Berachten wir die elenden, geistlosen Zänkereien der Kommunisten, spotten wir ihrer Drohungen. Unsere Aufgabe ist es in diesem Wahlkampfe, die unzähligen Besitzlosen und die in diesen Jahren besitzlos gewordenen Schichten den bürgerlichen Parteien zu entreißen unter der Losung:

die Front gegen den Kapitalismus!

das arbeitende Volk für die Sozialdemokratie!

Weil wir wissen, wie ungeheuer schwer das Ringen sein wird, darf es Mutlosigkeit in unsern Reihen nicht geben. Genossen! Noch immer verfehlt der Glaube Berge, stürmt der Wille die größten Hindernisse. Noch immer geht der, der in einer festen geschlossenen Ueberzeugung steht, sicher über das brandende Meer der Zeit, in das die Kleingläubigen haltlos versinken. Die Sozialdemokratie hat ihre größten Aufgaben, ihre großartigen Ziele noch vor sich, diesen wir ihr, dem Element, das die Partei groß gemacht hat, das ihr in der furchtbaren Gegenwart hilft und ihr die Zukunft erobern wird: **Es lebe der Kampf!** (Stürmischer Beifall.)

Die Ansprache

Kleinmeyer (Koblenz): Das deutsche Proletariat steht am Abend einer verlorenen Schlacht. Auf der ganzen Linie ist das Proletariat zurückgeschlagen. Der Arbeitsschutz wird täglich mehr abgebaut, Geldlöhne sind zu Hungerlöhnen geworden. Das Kapital führt den letzten Schlag. Es gibt in der Politik einen alten Grundsatz: „der Erfolg ist maßgebend“. Die Genossen, die nach wie vor die Taktik der Sozialdemokratie in den letzten Jahren als staatspolitisch verteidigten, vergessen, daß der Erfolg der Prüffstein ist. Der Erfolg aber ist ausgeblieben. Woran liegt das? Wir haben uns die Machtmittel des alten Obrigkeitsstaates, Militärmacht und Verwaltung, nicht genügend gesichert. Der äußerlich erkennbare Schnitt zwischen der alten und neuen Ordnung ist nicht gemacht worden. Im Grunde ist der alte Polizeistaat geblieben. Wir müssen dem wirtschaftlichen Napoleonismus den sozialistischen Napoleon entgegensetzen. Die wirtschaftliche Reaktion hatte klare Ziele, die Sozialdemokratie Argumente. Im Reich wurde nach unsern Ideen das Arbeitsministerium geschaffen. Unterkunft fanden dort die ehemaligen Militärs. Das ist bezeichnend für die Demokratisierung der Verwaltung. Aus dem preußischen Wohlfahrtsministerium wurde eine reine Zentrumsorganisation. Kann eine Bewegung wie der Sozialismus das dauernde Paktieren mit dem Gegner ertragen? Es gibt eine Grenze, die nicht ohne Gefahr für das Leben der Partei überschritten werden darf.

Wir haben große Hemmnisse zu überwinden.

Dazu gehören größter Idealismus und Opfersinn. Vor einer Ueberhöhung des Parlamentarismus müssen wir uns hüten. Es gibt Situationen, in denen der Verzicht auf Kampf die vollkommene Vernichtung bringt. Eine Niederlage läßt sich ertragen. Daß wir außenpolitisch unter Druck stehen, ist klar. Muß uns dieser Druck aber nicht zu innerpolitischen Maßnahmen veranlassen, die zu einer Milderung führen? Die mangelnde steuerliche Erfassung des Besitzes, die Zustände unter den Ermächtigungsgesetzen sind nicht außenpolitischem Druck entsprungen. Es wäre falsch, aus doktrinären Gründen die Koalition grundsätzlich abzulehnen, aber es kommt auf die Voraussetzungen einer Koalition an. Man hätte ängstlich darüber wachen müssen, daß eine solche Koalition eine Machtposition der Partei darstellt. Bei der Regierung Wirth traf das noch zu. Mit ihm lehnte man die große Koalition ab, während sie zehn Monate später unter außerordentlich ungünstigen Voraussetzungen mit Stresemann eingegangen wurde. Eine Koalition ist möglich, wenn bei den Gegnern die Ueberzeugung herrscht, daß ohne und gegen uns nicht regiert werden kann. Die ökonomische Unentbehrlichkeit der Arbeiterschaft im gegebenen Moment in die Wagschale werfen, ist Koalitionspolitik.

Besitzen wir die Macht, die republikanische Staatsform zu schützen? Wir haben Mindestforderungen aufgestellt. Sie blieben auf dem Papier stehen. Als Beispiel nenne ich den Fall Havensstein. Wir haben außenpolitisch den ehrlichen Erfüllungswillen gezeigt, aber es hat innerpolitisch an der nötigen Initiative gefehlt. Es gibt außenpolitisch nur zwei Einstellungen,

die Verständigung mit Frankreich.

oder die Vorbereitung eines neuen Krieges. Verhängnisvoll könnte sein, daß wir zu sehr auf die englische Karte setzen. Nachdem das Kapital aus dem Ruhrkampf sehr gestärkt, die Arbeiterschaft ungeheuer geschwächt herorgegangen sind, verlangt man auf kapitalistischer Seite die Einigung mit Frankreich. Sie haben ihre Reparationen im voraus verdient. Was jetzt noch aufgebracht werden muß, wälzen sie auf die Arbeiterschaft ab. Das Ruhrabenteuer ist das größte Panama der Weltgeschichte. Trotzdem wir am Ende unsrer Kraft waren, wurden achtzehn Milliarden Goldmark für das Ruhrabenteuer aufgebracht. Das kann man im Ausland nicht verstehen. In Köln erfand man die These national und proletarisch. Ich möchte dem entgegensetzen: proletarisch und international. Die rheinische Frage in der heutigen Form ist eine Folge des passiven Widerstandes. Ziehen wir die Konsequenzen aus unsern Fehlern. Die Aufgabe des passiven Widerstandes ist typisch deutsch, ein Ullas mit dreiviertel Phrasen. Die große Koalition sollte uns eine brutale Steuerpolitik gegen den Besitz bringen. Es blieb auch hier bei Worten. Wir bekämpften die Diktatur von links und haben uns in eine Diktatur der Militärs führen lassen. Wenn der Versuch in eine Diktatur gegen Bayern nicht durchgeführt werden konnte, durfte er sich nicht gegen Sachsen und Thüringen auswirken. Der Kampf richtete sich nicht gegen Sachsen, sondern gegen den Marxismus. Das mußte die Partei erkennen. Beim Ermächtigungs-

gesetz sprechen die Folien für sich selbst. Mit Sollmann bin ich mir darüber einig, daß man den Staat ummodelln soll. Aber wo ist die Grenze zum Aufbau dieses Staates? Infolge mangelnder Initiative kam die Regierung Cuno zustande. Auch bei der Zulassung der Regierung Marx wagte die Partei

keine parlamentarische Entscheidung.

Wir hätten keine Blankovollmacht ausstellen dürfen. Was kann der Partei die Rettung bringen: die Rückkehr zur alten Auffassung des Klassenkampfes. Sammlung, Kräftigung und Organisation, Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Führern und Massen ist jetzt die Parole. Wir dürfen keine Stagnation eintreten lassen; die Kräfte in der Partei müssen freie Entfaltung finden. Die Bourgeoisie erkennt nur die reale Macht an, d. h. eine Partei, die die großen Massen in sich vereinigt. (Beifall.)

Weingarh (Aachen) behandelt die Rheinlandfrage. Nach seiner Meinung ist sie aus dem Komplex der gesamten europäischen Probleme nicht herauszunehmen. Man muß begreifen, daß die Auswirkung der neuen englischen Regierung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Wohl sei die Stimmung in England antifranzösisch, aber keineswegs prodeutsch. Der Redner unterstreicht die Auffassung Meerfelds. Friede und Sozialismus gehören zusammen. Können wir den Frieden nicht erreichen, dann kann auch der Sozialismus sich nicht durchsetzen. Das gilt auch für den Frieden in der Rheinlandfrage. In diesem Sinne ist es notwendig, eine stärkere aktive internationale Politik zu entfalten.

Ministerialrat Bauknecht (Berlin): Die Rede Kleinmeyers sei weniger eine Oppositions- als eine Konfusionsrede gewesen. Das habe sich besonders bei seinen Ausführungen zum passiven Widerstand gezeigt. Als Sozialisten müßten wir gegen den Einbruch des fremden Militarismus und Imperialismus kämpfen. Redner behandelt die schwere Belastung durch die Micum-Verträge. Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, diese Lasten auf sich zu nehmen.

Der Ruhreinbruch ist verantwortlich

für die furchtbare Not der Gegenwart. Dadurch hat das Großkapital die Macht bekommen, die es heute hat. Deshalb haben wir den Ruhreinbruch zu bekämpfen. Diese eminenten Lebensfragen dürfen nicht einfach übergangen werden, wenn man Richtlinien geben will!

Reichstagsabgeordneter Fries (Köln): Es handelt sich hier um eine interne Aussprache. Nach außen hin treten die Genossen der Opposition geschlossen für die Partei ein. Wie die ihr angehörenden Genossen sich über die tatsächlichen Machtverhältnisse klar sind, sind sie auch Gegner der Koalition. Die Kritik sei erststanden aus dem vielfachen Versagen der Fraktion und unsrer Minister. Redner wendet sich gegen Bestrebungen, in Thüringen die große Koalition aufzurichten. Trotz der Wünsche der Opposition hat die Fraktionsmehrheit abgelehnt, den Reichstag wegen der Aufhebung des Belagerungszustandes einberufen zu lassen. Gerade die Genossen der Mehrheit hätten doch immer gesagt, daß auch ohne die Re-

gierung Cuno der Ruhreinbruch gekommen wäre. Durch eine proletarische Klassenpolitik können wir allein das verlorene Terrain zurückgewinnen. Nur die Sorge um die Partei veranlasse die Opposition, neue Wege zu verlangen. Konzentration der Ausgebeuteten gegen die Konzentration des Kapitals! (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort Sollmanns

verzichtet auf jede Polemik gegen die Redner der sogenannten Opposition. Er hält ihnen vor, daß sie keinen einzigen Vorschlag gemacht hätten, wie die Sozialdemokratie eine bessere und erfolgreichere Politik auf dem Boden der Demokratie treiben könne. Er schließt unter lebhaftem Beifall mit dem Aufruf, die Front zum bevorstehenden Wahlkampf zusammenzuschmieden.

Hierauf folgt die Abstimmung über die zu den Vorträgen Meerfelds und Sollmanns vorliegenden Entschliessungen und Anträge.

Zur Reichstagswahl

Gegen fünf Stimmen angenommen wird folgende Entschliessung:

Der Parteitag spricht unbeschadet der Kritik im einzelnen der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand sein Vertrauen aus.

Der Parteitag erblickt in der demokratisch-republikanischen Verfassung einen mächtigen Hebel zur Befreiung der Arbeiterklasse, wenn diese die ihr gegebenen Rechte wirklich gebrauchen lernt. Unter Ablehnung jeder Minderheitsherrschaft kämpft die Sozialdemokratie durch die Reichstagswahl erneut um die Staatsgewalt. Die Partei ruft die durch die hochkapitalistischen Schichten und durch diese allein verarmten Arbeiter, Angestellten, Beamten und den durch die kapitalistischen Konzerne enteigneten Mittelstand auf, sich gegen die kapitalgewaltigen zusammenzuschließen. Das Schicksal der deutschen Kultur, die Freiheit des deutschen Landes, die Lösung der außenpolitischen Streitfrage hängen ab von dem Siege des arbeitenden Volkes in Deutschland über die staats- und volksfeindliche Kapitalistenklasse.

Der Parteitag fordert die Arbeiter der Hand und des Kopfes, Männer und Frauen, auf, sich nicht durch Richtungshader und konfessionellen Streit entzweien zu lassen, sondern mit derselben Einigkeit und Geschlossenheit wie die Kapitalistenklasse den politischen Kampf zu führen, und zwar durch die Sozialdemokratie.

Sollmann.

Einstimmig angenommen wird dieser Antrag:

11. Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, unter allen Umständen dafür einzutreten, daß der gesetzliche Achtundentag, wie er von den Volksbeauftragten erlassen worden ist, seine Gültigkeit behält. Die Ausnahmebestimmungen des Arbeitszeitgesetzes sind abzulehnen.

Kreiskonferenz des Kreisverbandes Aachen.

Zur Rheinlandfrage

Einstimmig angenommen werden folgende beiden Entschliessungen:

1. Der Parteitag erneuert die Richtlinien der sozialdemokratischen Rheinlandpolitik.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse am Rhein sind eine innerdeutsche Angelegenheit. Ein Grund für staatsrechtliche Änderungen liegt nicht vor. Der Frieden Europas im Einklang mit dem Klasseninteresse der deutschen Arbeiter erfordert die entschiedenste Abwehr jeder Loslösung.

2. Der Parteitag gedenkt ehrend der vielen ausgewiesenen Rheinländer, die als Opfer des Ruhrkampfes noch immer in der Verbannung leben müssen. Wir fordern die Regierungen der Befugungsmächte und Deutschlands auf, diesem Zustande ein Ende zu machen. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem ADGB, alle Schritte zu unternehmen, um die Rückkehr der Ausgewiesenen zu beschleunigen.

Der Parteitag grüßt weiter die 2000 deutschen politischen Gefangenen in den Strafanstalten der französisch-belgischen Befugung, die um ihrer Pflichterfüllung für die Deutsche Republik seit Jahresfrist ausharren.

Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie die den Ausgewiesenen vorbehaltlos gegebenen Versprechungen erfüllt. Eine verfehlte Sparpolitik auf diesem Gebiete müßte im Rheinlande verhängnisvoll wirken.

Dann folgt der Vortrag

Haas über die bevorstehenden Gemeinderatswahlen

Nachdem für den Reichstag und die Landesparlamente, Provinziallandtage und Kreistage die vierjährige Wahlperiode eingeführt war, rechnete man allgemein damit, daß bei den Gemeindevertretungen mit derselben Wahlzeit gerechnet werden müsse. Es hätten dann die Wahlen im März 1923 stattfinden müssen, denn nur im besetzten Gebiet hat man erst im November 1919 gewählt. Der Wahltermin wurde mehrere Male nach heftigen Auseinandersetzungen mit Rücksicht auf das besetzte Gebiet und den Ruhereinbruch verschoben. Nunmehr ist er endgültig festgesetzt

auf den 4. Mai 1924.

Schon machen sich aber im besetzten Gebiet Strömungen bemerkbar, die auch an diesem Termin die Gemeinderatswahlen noch nicht vornehmen wollen. Ich bin gegenteiliger Meinung. Im Interesse der rheinischen Bevölkerung, des Deutschtums und im Interesse der einzelnen Parteien müssen wir, wenn irgend möglich, zu Wahlen kommen, um damit nach außen zu zeigen, daß der Separatismus im besetzten Gebiet keinen Boden hat. Ich bitte die Parteigenossen, den Antrag anzunehmen, daß unsere Vertreter im Sechzigerausschuß darauf drängen, daß eine Kommission bei der Interalliierten Kommission in Koblenz sowie bei General Degoutte in Düsseldorf vorstellig wird, um volle Presse-, Versammlungs- und

Wahlfreiheit zu verlangen. Wenn dieses von den Befugungsmächten gewährleistet wird, müssen wir am 4. Mai die Wahl vornehmen.

Für den Wahlkampf selbst sind die Bestimmungen, die im Folgejahr vom April und Dezember 1923 enthalten sind, von der allergrößten Wichtigkeit. Trotz schärfster Stellungnahme unserer Fraktion im Preussischen Landtag hat man eine sechsmonatige Wohnsitzdauer als Voraussetzung zum Wahlrecht festgelegt. Sieben Wochen vor der Wahl müssen die Wählerlisten 14 Tage lang aufgelegt werden. Die Auflegung hätte also ab 16. März zu erfolgen. Listenverbindungen sind unzulässig, Wahlbezirke dürfen nicht geschaffen werden, sondern nur Abstimmungsbezirke. Das Nachrüden der Erfahrmänner braucht nicht mehr wie bisher automatisch der Reihenfolge nach zu erfolgen, sondern innerhalb zwei Wochen nach Freiberden eines Mandats haben die Unterzeichner des Wahlvorschlages zu entscheiden. Wir müssen darauf hinwirken, daß die Organisationsleitungen das Recht der Entscheidung erhalten.

Die Bürgermeistereivertretungen

sollen gleichfalls neu gewählt werden. Wo nur ein Bürgermeistereivertreter in Frage kommt, müssen Gemeinden zusammengelegt werden, so daß das Verhältniswahlsystem in jedem Falle in Anwendung gebracht werden kann. Besoldete Beamte dürfen von den jetzigen Parlamenten nur noch mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Wenn wir am 4. Mai nicht wählen, wird dieser Zustand weiter aufrechterhalten, was einen starken Schaden für die Gemeinden bedeuten kann. Es handelt sich hier um ein Ausnahmegericht gegen die jetzigen Stadtverordnetenversammlungen und Bürgermeistereivertretungen.

Wie soll der Wahlkampf geführt werden? Gemeindepolitik ist mehr oder weniger Kirchturnspolitik. Ich kann deshalb heute nicht auf alle Einzelheiten eingehen: für mich kommt es darauf an, einige große Gesichtspunkte herauszustellen, die überall in den Vordergrund gestellt werden müssen. Wir haben ein Interesse daran, nicht nur örtliche Politik zu treiben, sondern auch die großen politischen Probleme in den Vordergrund zu stellen. Bisher haben wir durch die unglücklichen Verhältnisse in den Gemeinden eine Politik treiben müssen, die mit unsern eignen Anschauungen sehr stark kollidierte. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes muß die neue Städte- und Landgemeindevordnung stehen, die in den letzten Tagen in erster Lesung erledigt wurde.

Auch dabei hat die Sozialdemokratie einen heftigen Kampf um ihre Ideen geführt. Das Zentrum und mit ihm alle bürocratischen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, die in einigen Punkten eine Anlehnung an uns suchten, wehrte sich bei der Beratung im Ausschuß gegen jeden Fortschritt. Besonders scharf richtete sich unser Kampf

gegen die Selbstherrlichkeit der Oberbürgermeister

Soweit das Verwaltungskollegium in Frage kommt, sieht die neue Städteordnung vor, daß die Geschäftsvorteilung im Einvernehmen mit einem Stadtverordnetenausschuß erfolgen muß. Auch die Anstellung der obern Beamten muß im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Unser Antrag, daß der Bürger-

meister nicht mehr geborener Vorsitzender der Gemeindevertretung sein sollte, wurde von den Bürgerlichen abgelehnt, dagegen wurde den Bürgermeistern das Entscheidungsrecht bei Stimmgleichheit genommen. Bei der Landbürgermeistereien ist das Zentrum stärker interessiert und verlangte, daß hier bei der Beamtenanstellung die Gemeindevertretung entscheidet. Der Antrag wurde angenommen und es ist zu hoffen, daß auch bei der Städteordnung in dieser Beziehung in der zweiten Lesung eine Verbesserung erreicht wird. Die Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Gemeindeverwaltung sind in der Städteordnung festgelegt. In allen einschlägigen Fragen muß die berufene Beamten- oder Arbeitervertretung gehört werden. Der Hauptkampf entbrannte bei der Kommunalisierungsfrage. Die Regierungsvorlage gab den Kommunen das Recht der Kommunalisierung einzelner Wirtschaftszweige. Von diesem Vorschlag ist durch die bürgerliche Mehrheit nichts übrig gelassen worden. Ihre Parole war: Hoch die Privatwirtschaft, nieder mit der Gemeinwirtschaft!

In verschärfter Form führten wir den

Kampf gegen das Zentrum

in der Beratung der Frage der Landbürgermeistereien. Die bürgerlichen Parteien wollen jedes kommunale Leben ersticken. Trotzdem sie die guten Erfolge kennen, die in den Landesteilen erzielt wurden, in denen es Landbürgermeistereien gibt, machten sie unter Führung des Zentrumsabgeordneten Herold ihren ganzen Einfluß dahingehend geltend, daß die kleinen Zwerggemeinden und Gutsbezirke bestehen bleiben sollten, in denen der Gutsbesitzer oder Ortsvorsteher der kommunale Selbstherrscher ist. Herold selbst sagt: Das Alte muß erhalten bleiben, weil sich die Bevölkerung daran gewöhnt hat. Dem haben sich alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten angeschlossen. Unser Antrag auf generelle Einführung der Landbürgermeistereien mußte fallen. Die Bürgerlichen verstanden sich schließlich dazu, durch die Provinziallandtage die Einführung von Landbürgermeistereien entscheiden zu lassen, allerdings mit Zweidrittelmehrheit, die wohl kaum irgendwo in dieser Frage erzielt werden kann. Alle unsere Verbesserungsanträge wurden abgelehnt. Das müssen wir im Wahlkampf in der schärfsten Form herausstellen. Selbst die Wahlen zur Bürgermeistereivertretung sollten nach dem Willen des Zentrums nicht durch die Bevölkerung, sondern durch die Gemeindevertretungen erfolgen. Das Zentrum erreichte auch die Ablehnung unsres Antrages, die Ehrenbürgermeister nach jeder Wahl zur Gemeindevertretung neu wählen zu lassen. Die Stellen werden nun für sechs Jahre besetzt, während das Zentrum sogar eine zwölfjährige Amtsperiode verlangte. Schließlich wollte man den Bürgermeistereivertretungen noch das Recht nehmen, indirekte Steuern zu erheben. Selbst die Regierungsvertreter erklärten, daß das den

Tod der Landbürgermeistereien

bedeuten würde.

Es gibt noch eine große Reihe Einzelheiten, die ich hier nicht berühren kann, über die aber in der Presse noch genügend Aufklärung geschaffen wird. Wir müssen unter allen Umständen bei der Stadt-

und Landgemeindeordnung zeigen, wie sich die bürgerlichen Parteien gegen jeden Fortschritt stemmen. Das muß in den Vordergrund des Wahlkampfes gestellt werden. Je mehr wir den Kampf des Zentrums gegen jeden Fortschritt in den Vordergrund des Wahlkampfes stellen, um so größer ist die Sicherheit unsres Erfolges bei den Wahlen. (Allseitiger Beifall.)

Die Aussprache

Görlinger (Köln) bespricht die Veränderungen des Steuerrechts der Gemeinden durch die dritte Steuernotverordnung. Bei der Finanznot der Gemeinden und bei der Unmöglichkeit, die sozialen Einrichtungen abzubauen, sei die Mietsteuer für die Stadt Köln eine absolute Notwendigkeit. Die Gewerbesteuer könne nicht hoch genug festgesetzt werden, da die Gewerbetreibenden zur allgemeinen Einkommensteuer so geringe Beträge beitragen. Die Lohnsummensteuer der Gemeinde Köln sei noch immer gerechter als die Kopfsteuer, die andre Gemeinden erheben. Die Reichsgesetzgebung habe den Gemeinden die für sie tragbaren und zweckmäßigen Steuern zu überlassen, damit diese den ihnen übertragenen Aufgaben gerecht werden können. Der Redner bedauert das Eingehen der Gemeindezeitungen und das Fehlen eines neuen Gemeindevahlprogramms.

Walterscheidt (Berg. Gladbach) beantragt Debatteeschluß. Der Antrag wird abgelehnt.

Klein (Siegburg) beklagt die Finanznot der Landgemeinden, die sich in den Gemeindeetats geradezu katastrophal auswirke. Er wünscht mehr Aufklärung für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter durch sozialdemokratische Gemeinde-Zeitschriften und Gemeindevertreter-Konferenzen, sowie Berichte der einzelnen Gemeindefraktionen über ihre Tätigkeit und Erfolge an eine Zentralstelle.

Heinen (Bonn) bemerkt, daß die Gemeinden durch die Inflation schwere Schäden erlitten haben.

Damit schließt die Aussprache. Angenommen werden folgende

Anträge und Entschlüsse

Die Parteileitung wird beauftragt, in Verbindung mit den Mitgliedern des 60. Ausschusses und unsrer Abgeordneten im Preussischen Landtag alles zu tun, damit die Gemeindevahlen im besetzten Gebiet am 4. Mai stattfinden. Vorbedingung ist aber, daß die Befehlsmächte Presse-, Rede-, Versammlungs- und Wahlfreiheit gewähren, damit der Wille der Bevölkerung klar zum Ausdruck kommen kann.

6. Der Bezirksparteitag beschließt: Der Bezirksvorstand beruft baldigst eine Konferenz der Vorstände der Kreisvereinigungen sozialdemokratischer Gemeindevertreter des gesamten Bezirks zusammen, um eine Neubelebung der Arbeit innerhalb der Kreisorganisationen zu schaffen und für den kommenden Gemeinderatswahlkampf Richtlinien aufzustellen.

Der Genosse Haas ist zu beauftragen, das von ihm verwendete Material in geeigneter Form für die Agitation zusammenzustellen.

Gemeinderatswahlen

Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen bedingen, daß die Parteigenossen auch in der kleinsten Gemeinde der Gemeindepolitik die größte Aufmerksamkeit schenken. In den Mitgliederversammlungen ist in den kommenden Wochen die Bedeutung der Gemeinderatswahlen und die Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinden eingehend zu erörtern. Die Gemeinderatsfraktionen haben über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Alles für den Gemeinderatswahlkampf geeignete Material ist zu sammeln und zu prüfen.

Die örtlichen Parteileitungen haben umgehend alle Vorbereitungen für die Wahlen zu treffen. Die Ortsvereine müssen bestrebt sein, in allen Gemeinden, auch dort, wo noch keine Ortsvereine bestehen, sozialdemokratische Vorschlagslisten aufzustellen. Bei der Aufstellung der Listen ist darauf zu achten, daß nur befähigte Genossen und Genossinnen aufgestellt werden, die die Gewähr bieten, daß sie in der Öffentlichkeit und in den Kommissionen die sozialistischen Grundsätze vertreten. Bisherige Gemeindevertreter, die diesen Anforderungen entsprechen, sind möglichst wieder aufzustellen. Eingearbeitete und mit den Gemeindearbeiten vertraute Genossen verbürgen die sofortige Arbeitsfähigkeit und Stützkräft in den Gemeinden.

Es sind nur reine Parteilisten aufzustellen, wobei die uns nahe stehenden Arbeiter- und Beamten-, Kriegshinterbliebenen- und Beschäftigten- und Mieterorganisationen berücksichtigt werden, d. h. es können Parteigenossen, die diesen Organisationen angehören, auf die Parteiliste genommen werden. Gemeinsame Listen mit bürgerlichen Parteien, den Kommunisten oder sogenannten parteilosen Gruppen dürfen nirgends aufgestellt werden. Parteimitglieder, die eine Kandidatur für eine Sonderliste annehmen, oder solche Listen durch Propaganda unterstützen, verstoßen gegen die Grundsätze und die Interessen der Partei.

Größte Sorgfalt ist auf die Nachrückstellen zu legen. Im Falle des Ausschleidens eines sozialdemokratischen Gemeindevertreters muß ein vollwertiger Ersatz nachrücken, damit die Stützkräft der Partei erhalten bleibt.

Die Aufstellung der sozialdemokratischen Listen hat im Einvernehmen mit den Kreisvorständen in den Ortsvereinsversammlungen stattzufinden.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind verpflichtet, sich für die Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen. Nach den Wahlen haben sich die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Ersatzeleute zu Kreisvereinigungen zusammenzuschließen, entsprechend der auf dem Bezirksparteitag 1922 beschlossenen Organisationsstatuten.

Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung

Die Sozialdemokratie hat seit ihrem Einzug in die Gemeindevertretungen praktisch mitgearbeitet, obwohl sie gegen eine vielfach reaktionäre Gemeindebureaucratie und die bürgerlichen Parteien schwer zu kämpfen hatte. Sie wird auch in Zukunft sich der praktischen Mitarbeit nicht entziehen und sich vor allen Dingen dafür einsetzen, daß das Los der minder bemittelten Bevölkerung zu einem erträglichen gestaltet wird, soweit es im Bereiche der den Gemeinden gesteckten Aufgaben möglich ist. Als vornehmste Pflicht betrachtet sie es im gegenwärtigen Augenblick, für alle aus dem Produktionsprozeß ausgeschalteten zu sorgen. Hunderttausende sind heute auf die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln

angewiesen. Die Unterstützungen reichen nicht im entferntesten, den bedürftigsten Lebensunterhalt zu bestreiten.

Ganz besonders ist die staatlich festgesetzte Erwerbslosenunterstützung durchaus ungenügend. Von der Reichsregierung muß verlangt werden, daß eine schnelle Aufbesserung der Sätze, insbesondere für die kinderreichen Familien erfolgt. Der Bezirksparteitag ersucht die Reichstagsfraktion, sich für eine angemessene Erhöhung der staatlichen Sätze einzusetzen. Von den Gemeinden ist zu fordern, daß sie, solange eine Aufbesserung der staatlichen Unterstützungssätze nicht erfolgt, Mittel für die Lieferung der Erwerbslosen mit Naturalien bereitstellen.

Die durch die trostlose Finanzlage der Gemeinden bedingte Sparsamkeit veranlaßt die Gemeindeverwaltungen, in unverantwortlicher Weise die Wohlfahrtseinrichtungen, die vornehmlich den minderbemittelten Schichten zugute kommen, einzuschränken. Hiergegen erheben wir entschieden Einspruch und verlangen, daß der Abbau der Wohlfahrtseinrichtungen eingestellt und die Unterstützungssätze für die Wohlfahrtunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner so festgesetzt werden, daß diese Ärmsten vor der völligen Verelendung geschützt werden.

Die Sozialdemokratie ist bereit, den Gemeinden die Mittel für die Aufrechterhaltung ihrer Einrichtungen und Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, sie fordert jedoch, daß die Gemeindesteuern und Gemeindeabgaben nicht einseitig auf die Schultern der minderbemittelten Bevölkerung abgewälzt werden. Jeder Versuch der Gemeindeverwaltungen und der bürgerlichen Parteien, eine ungerechte Gemeindesteuerpolitik zu betreiben, wird den entschiedensten Widerstand der sozialdemokratischen Gemeindevertreter bringen.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten

Kirschmann spricht den Genossen Reichstagsabgeordneten Meerfeld und Jörgiebel, die an der Spitze der Listen in den Kreisen Rön-Nahe und Koblenz-Trier gewählt worden waren und diesmal nicht mehr kandidieren, den Dank für die von ihnen hingebend geleistete Arbeit aus. Meerfeld habe auf allen Posten, auf die ihn die Partei gestellt habe, pflichtgetreu und mit größtem Erfolge gearbeitet. Körperliches Leiden zwingt ihn, jetzt auf eine Wiederaufstellung zu verzichten. Er hat aber erklärt, daß er uns weiter zur Verfügung stehe, wenn wir ihn rufen, um der Sache des Sozialismus zu dienen. Genosse Jörgiebel bekleidet jetzt das Amt des Kölner Polizeipräsidenten. Er hat dabei die Pflicht übernommen, wofür die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung trägt, sich vom öffentlich-politischen Leben zurückzuhalten, und auf seinem Posten ist er der richtige Mann. Was Jörgiebel im letzten Jahrzehnt für uns geleistet, das wissen die Genossen am oberrhein und an der Mosel nur zu gut. Auch Jörgiebel gehört unser herzlichster Dank!

Meerfeld dankt, auch im Namen Jörgiebels, für diese Worte. Er habe nur seine Pflicht getan; er rechne sich aber keineswegs schon zu den Toten (Heiterkeit) und werde weiter überall der gemeinsamen Sache nach Kräften dienen. Meerfeld unterbreitet dann dem Parteitag als Vorschläge des Bezirksvorstandes und Bezirksausschusses folgende Kandidatenliste:

Wahlkreis Köln-Nachen

1. Wilh. Söllmann, Köln,
2. Frau Kirschmann-Köhl, Köln.
3. Amtkreuz, Nachen,
4. Philipp Fries, Köln,
5. Franz Heinen, Bonn,
6. Peter Kurth, Köln,
7. Richard Pfaff, Gummersbach,
8. Hans Wingerder, Köln,
9. Jakob Duadt, Siegburg,
10. Dr. Heizer, Heinsberg.

Wahlkreis Koblenz-Trier

1. Emil Kirschmann, Köln,
2. Franz Gruber, Kreuznach,
3. Hans Nonn, Trier,
4. Frau Dehmel, Koblenz,
5. Joseph Fuchs, Herdorf,
6. Brand, Trier,
7. Max Rödel, Koblenz.

Die Liste für Koblenz-Trier wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ueber die Liste für Köln-Nachen entsteht eine kurze Debatte. Heinrich Schneider (Köln) beantragt namens der Kölner Kreisorganisation, den Genossen Fries an die dritte Stelle der Liste zu setzen. Genosse Heinig und sieben Genossen beantragen die Versetzung des Genossen Fries an die zweite Stelle. Zunächst wird darüber abgestimmt, ob die in dem Vorschlag genannten Genossen überhaupt aufgestellt werden sollen. Dagegen erhebt sich keine Stimme. Darauf wird darüber abgestimmt, ob die Reihenfolge im Vorschlage des Bezirksvorstandes abgeändert werden soll oder nicht. Die Abstimmung ist geheim. Abgegeben werden 98 Stimmen, davon sind 97 gültig. 33 Stimmen lauten für Abänderung, 64 dagegen. Die Reihenfolge des Vorschlages bleibt also bestehen. Die Abänderungsanträge sind damit gefallen.

Fries (Köln) lehnt hierauf seine Aufstellung als Reichstagskandidat ab.

Wahl des Bezirksvorstandes

Als Sitz des Bezirksvorstandes wird Köln bestimmt. In den Bezirksvorstand werden gewählt: Dr. Meerfeld, Kirschmann, Jörgiebel, Heint. Kurth, Mich. Schröder, Meriten, Beyer, Böckler, Haak, Riedmiller, Leberberg, Helene Otto, Frau Berthold, Runowski, Hirsch, Hölfen.

Die Bestimmung des Ortes des nächsten Parteitages wird dem Bezirksvorstand überlassen. Damit sind die Arbeiten des Bezirksparteitages beendet.

Der Vorsitzende Kirschmann hält ein kurzes Schlusswort. Er weist auf die wichtigen Beschlüsse des Bezirksparteitages hin, betont die Schwere der kommenden Kämpfe und die Notwendigkeit der Ge-

schlossenheit der Parteigenossen in diesen Kämpfen. Er stellt fest, daß alle Genossen die Geschlossenheit und Disziplin anerkannt haben. Er ersucht die Delegierten, das Werk, das heute begonnen wurde, in ihren Kreisen weiterzuführen mit dem Mut und der Begeisterung, die uns bisher stets zu Erfolgen und Siegen geführt haben. Schützt eure Deutsche Republik, baut sie aus zu einem bessern Staat! Stellt diesen Kampf an die Spitze eurer Arbeiten! Denn die Erhaltung dieser Republik ist notwendig im Interesse des ganzen internationalen Sozialismus! Nochmals Gruß und Dank den Opfern des französischen Militarismus und Imperialismus, der ebenso unser Feind ist, wie ehemals der deutsche Militarismus und Imperialismus. Wir denken und fühlen mit den Sozialisten der ganzen Welt, aber wir halten fest an der Liebe zu unserm Vaterland, zur Deutschen Republik! (Lebhafter Beifall.)

Mit dem Gesang des Sozialistenmarsches wird der Parteitag kurz nach 6 Uhr geschlossen.



Bericht der Mandatsprüfungskommission

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, der die Genossen Peter Decker (Köln), Doetsch (Koblenz), Lenz (Gummersbach) und Eck (Nachen) angehörten, war der Parteitag besucht von 11 Mitgliedern des Bezirksvorstandes, 2 Mitgliedern des Bezirksausschusses, 8 Abgeordneten, 3 Geschäftsführern, 3 Redakteuren, 8 Sekretären, 6 Kreisvorsitzenden, 55 Delegierten und zwei Revisoren.

Anwesenheits-Liste.

Name	Ort	In welcher Eigenschaft
Amtreuz, Wilhelm	Aachen	Delegierter
Antes	Röln	
Berthold, Emma	"	Delegierte
Beyer, Georg	"	Redakteur d. „Rhein. Ztg.“
Bühl, Franz	"	Delegierter
Blast, Herm.	Heimbach-Weiß	
Böcker, Hans	Röln	Bezirksvorstand
Braun, W.	Saarbrücken	Redakteur d. „Volksstimme“
Dahlendorf, J.	Remagen	Delegierter
Dannowitz, Robert	Derschlag	
Decker, Peter	Röln	"
Diependruck, Karl	"	"
Dörsch, Joh.	Metternich	"
Ed, Matth.	Aachen	
Emmerich, Albert	Koblenz	Redakt. d. „Rhein. Warte“
Ertes, Heinrich	Röln	Landtagsabgeordneter
Fechner, Paul		Delegierter
Feld, Johann	Saarbrücken	Geschäftsführ. d. „Volksst.“
Freihöfer, Kaspar	Röln	ParteiSekretär
Fries, Philipp		Reichstagsabgeordneter
Fröhlich, Philipp	Kreuznach	Delegierter
Fuchs, Jos.	Herdorf	
Füllenbach, Jos.	Neuwied	"
Funt, Waldemar	Röln	Bezirksauschuß
Gilsbach, Heinrich		Geschäftsf. d. „Rhein. Ztg.“
Gies, Frau	Siegburg	Delegierte
Görlinger, Robert	Röln	Bezirks-Auschuß
Grihm, Wilh.		Delegierter
Gülden, Peter	Euskirchen	
Gruber, Franz	Kreuznach	Bezirksauschuß
Haat, Karl	Röln	Bezirksvorstand
Hanquett, Franz		
Heinen, Franz	Bönn	Delegierter
Heinig, Max	Röln	Bezirksauschuß
Heizer, Dr.	Heinsberg	Delegierter
Held, Peter	Bonn	Kreisvorsitzender
Holzer, Wilhelm	Strombach	Delegierter
Heugel, Anton	Saarbrücken	ParteiSekretär
Hirch, Ernst	Röln	Bezirks-Vorstand
Höfken, Wilhelm		Bezirks-Vorstand
Hünneke, Heinrich	Aachen	Geschäftsf. d. „Fr. Presse“
Huppert, Karl	Saarbrücken	Delegierter
Huffong, Herm.		
Hauer, Jakob	Röln	Bezirksauschuß

Name	Ort	In welcher Eigenschaft
Reil, Gustav	Köln	Delegierter
Rirschmann, Emil	"	Kreisvorsitzender
Rirschm. Köhl, Frau	"	Landtagsabgeordnete
Rlaar, Frau	Aachen	Delegierte
Klein, Jos.	Köln	Delegierter
Klein, Matth.	Siegburg	Landtagsabgeordneter
Kleinmeyer, Joseph	Koblenz	Delegierter
Klocke, August	Bielstein	
Kolb, Walter	Bonn	
Kurth, Heinrich	Köln	Bezirksvorstand
Kurth	Pfaffendorf	Delegierter
Lenz, Stephan	Summersbach	Kreisvorsitzender
Leverberg, Ernst	Köln	Bezirkssekretär
Märker, Ludwig	Idar	Kreisvorsitzender
Meerfeld, Dr. Jean	Köln	Bezirksvorstand
Miß, Konrad	"	Bezirksparteisekretär
Mont, Karl	"	Delegierter
Mössinger, Karl	Aachen	Kreisvorsitzender
Müller, Frau	Köln	Delegierte
Maujoks, Karl	Menden	Delegierter
Reumann, Franz	Troisdorf	Bezirksauschuß
Neff, Michael	Aachen	Delegierter
Neß, Alfred	Koblenz	stellv. Kreisvorsitzender
Otto, Helene	Köln	Bezirksvorstand
Podewils, Ernst	Köln	Delegierter
Quadt, Jakob	Siegburg	Kreisvorsitzender
Rabermacher, Jos.	Aachen	Redakteur d. „Freien Presse“
Rech, Karl	Reichenbach	Delegierter
Reese, Gottlieb	Trier	Geschäftsf. d. „Volkswacht“
Reese, Frau	"	Redakteurin der „Volksw.“
Reifferscheidt, Peter	Köln	Delegierter
Riedmiller, Lorenz	"	Bezirksvorstand
Rütte, Joseph	Saarbrücken	Delegierter
Rudolph, Karl	Oberstein	Geschäftsf. d. „Nahetalbot.“
Runowski, Bruno	Köln	Bezirksvorstand
Schäfer, Valentin	Saarbrücken	Kreisvorsitzender
Schack, Wilhelm	Köln	Bezirksparteisekretär
Schall, Anton	Saarbrücken	Delegierter
Schant, W.	Mittelbollenbach	"
Schiffgens, Luise	Aachen	Mitglied des Landtages
Schmig, Walter	Wipperfürth	Delegierter
Schneider, Heinr.	Köln	"
Schommer, Joh.	Trier	"
Schredder, Michael	Köln	Bezirksvorstand
Schubarth, Wilhelm	Summersbach	Bezirksauschuß
Schulte, August	Köln	Bezirksauschuß
Schüze, Frau	Kreuznach	Delegierte

Name	Ort	In welcher Eigenschaft
Schweiger, Jakob	Saarbrücken	Delegierter
Schwinn, Friedr.	Idar	"
Simon	Köln	Reichstagsabgeordneter
Sollmann, Wilhelm	"	Delegierter
Stöber	Leuscheidt	
Walterscheidt, Peter	B. Gladbach	
Weingarz, Balth.	Aachen	Kreissekretär
Welsch, Franz	Saarbrücken	Delegierter
Wichterich, Werner	Godesberg	"
Wolff, Richard	Beuel	
Zörgiebel, Karl	Köln	Bezirksvorstand
Zunker, W.	Trier	Delegierter

Schriften

zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Günter Bers:

Wilhelm Hasselmann (1844–1916)
Sozialrevolutionärer Agitator und
Reichstagsabgeordneter
731 / 167 Seiten / DM 15,—

Protokoll der Generalversammlung des
Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins
(ADAV) zu Berlin vom 22.–25. Mai 1872
743 / 68 Seiten / DM 12,—

Günter Bers:

Die Sozialdemokratische Partei im
Agitationsbezirk Obere Rheinprovinz
1897–1905. Rechenschaftsberichte und
Parteitageprotokolle
732 / 184 Seiten / DM 20,—

Günter Bers:

Die Sozialdemokratische Partei im
Agitationsbezirk Obere Rheinprovinz
1906–1918. Rechenschaftsberichte und
Parteitageprotokolle
761 / 600 Seiten, vorauss. 1976 / DM 38,—

August Bebel:

Abrechnung mit dem Zentrum.
Kölner Rede vom 11. 5. 1903
744 / 49 Seiten / DM 9,—

Rechenschaftsbericht der Bezirksleitung
Ruhrgebiet der KPD für die Jahre
1930–1932
757 / 79 Seiten / DM 15,—

SPD Obere Rheinprovinz. Die SPD
im Bezirk Obere Rheinprovinz. Bericht
des Bezirksvorstandes 1922/24 und
Protokoll des Bezirksparteitages 1924
758 / 60 Seiten, vorauss. 1976 / DM 14,—

Die Arbeiterbewegung in den
Rheinlanden – Eine Schriftenreihe

Nr. 1, Günter Bers:
Die Kölner Sozialdemokratie im
Jahre 1914
741 / 63 Seiten / DM 15,—

Nr. 2, Michael Schneider:

Auf dem Wege in die Krise – Thesen
und Materialien zum Ruhreisenstreit
1928/29
742 / 91 Seiten / DM 22,—

Nr. 3, H.-J. Kracht:

Organisation und Bildungsarbeit der
Katholisch. Gesellenvereine (1846–1864)
753 / 98 Seiten / DM 24,—

Nr. 4, Günter Bers/Michael Klöcker:

Die sozialdemokratische Arbeiterbewe-
gung im Kölner Raum 1890–1895
754 / 563 Seiten / DM 19,—

Nr. 5, Günter Bers:

Der Bezirk Mittelrhein/Saar der KPD
im Jahre 1922
755 / 156 Seiten / DM 25,—

Nr. 6, Michael Klöcker:

Die Aachener Sozialdemokratie in den
Jahren vor dem 1. Weltkrieg
756 / 150 Seiten / DM 21,—

Im Jahre 1976 werden voraussichtlich
erscheinen:

Nr. 7: Katholische Arbeitervereine
in der Stadt Köln 1890–1900
761 / 100 Seiten / DM 23,—*

Nr. 8: Die Parteitage des Unterbezirks
Aachen der KPD 1926–1930
762 / 100 Seiten / DM 22,—*

Nr. 9: Das Protokollbuch des Katholisch.
Gesellenvereins in Köln 1850–1874
763 / 150 Seiten / DM 28,—*

Nr. 10: Der I. Parteitag des Bezirks
Niederrhein der USPD am 26./27. April
1919 in Eibelfeld
764 / 60 Seiten / DM 15,—*

* noch nicht verbindliche Preisangabe

Einhorn-Presse Peter Främcke

Postfach 1204 - D 2057 Wentorf/Hamburg

